

„Mit seinen Finanzplänen kann sich Waigel allenfalls über den Sommer retten“, kommentierte der Köhner-„Express“. Trotz Buchhaltertricks und Verscherbelung von öffentlichem Vermögen hat Waigel mit den neuen Haushalten den Schuldenberg weiter aufgetürmt. Doch irgendwann müssen diese Schulden zurückbezahlt werden. Und von wem? Nicht von den Reichen, sondern von der arbeitenden Bevölkerung.

Ursel Beck, Köln

Aus Angst vor großen sozialen Unruhen und einer Wahlniederlage bei der nächsten Bundestagswahl vertagt die Kohl-Regierung das Schuldenbezahlen. Aber jede Mark Neuverschuldung, die der Staat heute macht ist ein vorprogrammierter Angriff auf unseren Geldbeutel in den nächsten Jahren, gegen den wir uns besser heute als morgen zur Wehr setzen.

Die Regierung redet von einem ausgewogenen Sparhaushalt. Aber wie immer wenn sie von Sparen reden, meinen sie Umverteilung von unten nach oben. Fast 57 Milliarden DM Zinsen für Staatsschulden überweist Waigel 1998 an die Banken, die damit ihre nächsten Rekordgewinne sichern.

Die deutschen Rüstungskonzerne brauchen auch nicht um ihre Profite bangen. Der Eurofighter wird gebaut. Dafür haben wir mit unseren Steuern bisher schon 7 Milliarden DM bezahlt und sollen in den nächsten Jahren noch einmal 23 Milliarden bleihen.

Nicht eine Mark von den 3 Milliarden Umzugskosten der Regierungspaläste nach Berlin wird gekürzt, sondern der soziale Wohnungsbau wird faktisch eingestellt, das Wohnungsgeld gekürzt.

Bis vor kurzem versprach Kohl die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Niemand hat ihm das geglaubt. Er selbst auch nicht. Für den Haushalt 1998 geht die Kohl-Regierung von einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 4,2 Millionen aus.

Privatisierung

Inzwischen bereitet die Regierung noch offenere Arbeits-

platzvermichtung. Die Privatisierungen bedeuten Arbeitsplatzabbau. Zusätzlich werden 1998 4300 Stellen beim Bund gestrichen. Das werden keine Ministerstellen und keine Posten in den höheren Etagen von Regierung, Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst sein, sondern Beamten- und Angestelltenarbeitsplätze auf unterer Ebene.

Die pauschalen Kürzungen bei der Hälfte der Einzelhaushalte der Ministerien wird mit Sicherheit zu einem beachtlichen Teil zu weiteren Verlusten von Arbeitsplätzen führen. Altbinärgität der Staat in der Vergangenheit einiges, um Arbeitslosigkeit wieder in Arbeit zu bringen. Aber jetzt wird selbst das Alibi zur Vergangenheit. 2,1 Milliarden werden bei der Arbeitsförderung gestrichen. Und wenn ABM-Maßnahmen noch weiterlaufen, dann mit dem Ziel, Löhne zu drücken. Seit letztem Jahr bekommen ABM-Kräfte nur noch 80 Prozent des Tariflohns. Der Bildungssektor wird nicht gekürzt, sondern leicht erhöht.

Man könnte auf die Idee kommen, daß die Länder und Kommunen aus Bonn Geld bekommen, um Lehrer einzustellen und Schulen zu reparieren. Diese Idee löst sich in Luft auf, wenn man frau sich den Etat genauer anguckt. Dort gibt es eine Umschichtung von Mittel. Mehr Geld gibt es für Biotechnologie und Kommunikations-technik, sprich mehr Subventionen an Chemie- und Medienkonzerne. Gleichzeitig wird beim Hochschulbau und Bafög gekürzt.

Auf Sand gebaut

Das ganze Zahlenwerk von Waigel könnte sich sehr bald als völlig haltlos herausstellen. Wenn die Steuerreform, sprich die Steuergeschenke an die Reichen durchkommt, entsteht 1998 ein neues Haushaltsloch von 30 Milliarden. Wenn die Wirtschaft 1997 nicht um 2,5 und 1998 nicht um 2,75 Prozent wächst, wenn 1998 mehr als 4,2 Millionen Menschen arbeitslos sind, gibt es neue Defizite, die gedeckt werden müssen. Und dann bekommen wir bald die neue Rechnung serviert.

Diese Regierung können wir uns nicht mehr leisten. Wir können es uns auch nicht leisten, daß sie sich bis zur Bundestagswahl im Herbst 1998 auf unsere



Um weitere Angriffe auf die ArbeitnehmerInnen zu verhindern, müßten die Gewerkschaften mobilisieren. Schon im letzten Jahr forderten KollegInnen wie hier VW-Arbeiter aus Kassel effektive Kampfmaßnahmen.

KOHL IM WIRTSCHAFTS WIRTSCHAFTS

Kosten durchwurstelt. Bei Meinungsumfragen haben CSU/CDU und FDP längst keine Mehrheit mehr hinter sich.

Es wäre Aufgabe der Gewerkschaften und der Oppositionsparteien, die Regierung zu stützen. Aber das liegt ihnen fern.

Die Gewerkschaftsführung vertritt auf die nächsten Wahlen. Die größte Oppositionspartei SPD beugt sich dem Druck der leeren Staatskassen und wälzt in den Ländern und Kommunen die Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung ab. Sie akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch ihre Krisenfolgen. Die Krise der Staatsfinanzen ist die Krise des gesamten Systems.

Keine Reparatur möglich

Wenn Millionen durch Arbeitslosigkeit daran gehindert werden, den Reichtum der Gesellschaft zu vermehren, müssen die Arbeitslosen von der Gesellschaft finanziert werden. Und solange die Unternehmer die wirtschaftliche Macht haben, haben sie auch die Macht die Lasten der Krise ihres Systems auf die Arbeitslosen und abhängig Beschäftigten abzuwälzen. Damit muß Schluß gemacht werden. Kohl, der Euro und das ganze System müssen gekippt werden. Die Alternative heißt sozialistische Demokratie. Dafür kämpft die SAV.

Wohnungen statt Eurofighter



Wer braucht dieses Kriegsspielzeug? Wir nicht.

Wenn es keinen militärischen Vorwand für ein neues Kampfflugzeug mehr gibt, dann sucht sich die Rüstungslobby eben einen anderen.

Der heißt heute: Sicherung von 18.000 Arbeitsplätzen in

von Arbeitsplätzen nicht beim sozialen Wohnungsbau? Es gibt 400.000 arbeitslose Bauarbeiter. 80.000 weiteren droht allein bis Ende des Jahres der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Trotzdem kürzt die Bundesregierung die Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

Es geht nicht um Arbeitsplätze, es geht um die Profitmehresen. Den „Eurofighter“ baut nicht irgendein Land, sondern Deutschlands größter Konzern, Daimler Benz. 7 Milliarden Steuerelder wurden Daimler bereits für die Entwicklungskosten in den Reichen geworfen.

Aber mit der Produktion kann erst recht Geld gemacht werden und deshalb wird er gebaut. Aus der Sicht der Steuerzahler und der DASA-Arbeiter ist das ganze Projekt eine riesige Verschwendung. Mit den 23 Milliarden Mark Anschaffungskosten könnten 100.000 70 m² große Sozialwohnungen gebaut werden.

Würde die Rüstungsindustrie verstaatlicht und auf alternative Produktion umgestellt, könnten die DASA-Beschäftigten Dinge produzieren, die die Gesellschaft brauchen kann.

Deutschland bis zum Jahr 2014.

Plötzlich stehen Ritze, die gesamte CDU und die FDP stramm hinter dem „Eurofighter“ und bewilligen die Anschaffung von 180 Flugzeugen zum stolzen Stückpreis von fast 130 Millionen.

Warum zählt das Argument

Trickers-Theo: Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff



„Auch wenn alles zusammenbricht, Volker, den Eurofighter bezahle ich Dir.“ Die Milliarden für die Rüstungsindustrie sind eine weitere Subvention für die Konzerne.

Alles nur Show: der Nachtragshaushalt für 97 und der 98er sind Phantasiagebilde, mit denen sich die Regierung eine Atempause verschaffen will. In Wirklichkeit hat Deutschland, das wirtschaftlich zusammen mit Frankreich der Dreh- und Angelpunkt der Währungsunion, den ökonomischen Notstand ausgerufen.

Claus Ludwig, Köln

Bei der Haushaltsberatung ging es zu wie auf einem Verschiebebahnhof. Das meiste wurde in die Zukunft verschoben. Die Haushaltslücken wurden mit Geldern gestopft, über die die Bundesregierung nicht verfügt. Sie wurden über Nebenhaushalte geborgt, die Schulden machen einen Umweg: kommen aber über kurz oder lang wieder nach Hause. Ein wichtiges Instrument dieses Haushaltes ist die „Tilgungsaussetzung“. Das heißt, daß die Abzahlung von Schulden aufgeschoben wird. Man muß kein Ökonom sein, um sich auszurechnen, daß dabei in den nächsten Jahren noch mehr Schulden zurückbezahlt werden müssen.

Beim Bundeseisenbahnvermögen (BEV) # welches kein Vermögen, sondern ein Haufen Schulden ist # setzt der Finanzminister die Tilgung aus und erhält so 2,5 Milliarden DM, ohne dafür Kredite aufnehmen zu müssen. Das BEV allerdings kann kein Geld herbeizaubern, sondern muß sich Geld auf dem Kreditmarkt besorgen. Die Zinszahlungen dafür werden wiederum beim Bund landen. Die Haushaltsprobleme werden nicht nur zeitlich, sondern auch auf die unteren Ebenen verschoben. Die Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus # ach, den gab es noch? # führt zu einem hohen Mietniveau, bei sinkenden Einkommen also auch zu mehr Wohngeldansprüchen. Die Einschränkungen beim Wohngeld wiederum werden am Ende bei den Kommunen landen, die vor der Wahl stehen werden, Sozialhilfefänger und Bezahler niedriger Einkommen aus ihren „zu teuren“ Wohnungen zu vertreiben und am Ende viel Geld für überleuete Notunterkünfte zu bezahlen oder eben doch das nötige Wohngeld auszus zahlen.

Die Einsparstrategien beim Hochschulbau werden entweder zu höheren Ausgaben der Länder führen oder in einigen Jahren zum Zusammenbruch verrotteter Gebäude mit der Folge einer teuren Totalsanierung. Doch selbst mit Theos Tauschenspieler-Tricks ist der

Haushalt 98 auf tönernen Füßen gestellt. Das angestrebte Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent ist nicht gesichert. Selbst dann resultieren daraus nicht unbedingt höhere Steuerausgaben. Die Regierung spricht von einer „Entkoppelung“ zwischen beiden. Im internationalen Steuervergleichswettbewerb haben es die deutschen Banken und Konzerne zu einer Meisterschaft gebracht, sich der Besteuerung zu entziehen, Verluste hier und Gewinne auf den Cayman-Inseln zu verbuchen.

Neoliberalismus am Ende

Die Alternative zum Schulden-Verschlebebahnhof wäre ein neues umfassendes Sparpaket mit massiven Angriffen auf Sozialleistungen und Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung gewesen. Angesichts der Erfahrungen von Frankreich und Großbritannien meine die Regierung, sich das nicht leisten zu können. Die Angst vor einer Massenbewegung und der Abwahl im nächsten Jahre verhinderte vorläufig den Generalangriff auf die arbeitende Be-

markt produzieren, dort verkaufen, hier Kosten senken. Jetzt gibt die Regierung zu, daß diese Politik die Krise hier verschärfen würde und bisher verschärft hat. Die neoliberale Politik funktioniert zwar, indem sie den Reichen immer mehr Reichtum beschert. Aber Stabilität kann sie nicht erreichen, sie frißt ihre eigenen Grundlagen auf.

Haushaltskrise = Systemkrise

Zur Rechtfertigung der über den Investitionen liegenden Neuverschuldung von 71 Milliarden hat die Regierung „eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts“ verkündet. Doch diese Störung heißt Kapitalismus und wird nur durch die Abschaffung dieses Systems beendet werden können. Die marktwirtschaftliche Kostensenkung hat Millionen Menschen in die Arbeitslosigkeit getrieben. Die brachliegende menschliche Arbeitskraft führt zu enormen Kosten und zum Kollaps der Sozialversicherungssysteme. Noch nie haben die Arbeitnehmer einen so großen Anteil von

Produkten und Profite aus staatlichen Aufträgen in Höhe von 470 Milliarden DM.

Die Staatsmaschine fungiert heute als Netto-Umverteiler der Reichtümer auf die Konten der Reichen und Konzerne. Neben dem Profit, den die Unternehmer direkt aus unserer Arbeit ziehen, erhalten sie somit einen weiteren Teil über den Umweg des Staates zurück.

Das Kielser Institut für Weltwirtschaft (IfW) nennt das Kind beim Namen. In einer Studie heißt es, der Staat übernehme die Rolle des „Wirres“ für die Konzerne (zitiert nach: „Die Globalisierungsfalle“). Dies ist ein Begriff aus der Biologie, ein Wirt wird von Parasiten genutzt, in vielen Fällen führt das zum Tod des Wirts.

Nur, wird nicht der Staatsapparat, die Bürokratie, die hohen Beamten ausgesaugt, die verdienen ganz gut dabei. Ausgesaugt und in die Finanzkrise getrieben werden wir, die arbeitenden Menschen, von den parasitären Großkonzernen, mit Hilfe der Regierung und der Staatsapparate.

Die reale durchschnittliche Abgabene last für Arbeitnehmerinnen liegt heute bei 46 Prozent, mit wachsender Tendenz. Die Einkommen der Arbeiterklasse stehen unter Druck, immer mehr werden langfristig aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt, sind keine Zahler sondern Empfänger von Geldern der Sozialversicherung und des Staates.

Weitere Kürzungen und das Anhalten der Massenarbeitslosigkeit werden dies verschlimmern. Das Problem ist nicht, wie häufig beschrieben, die „Überalterung“ der Gesellschaft oder die lange Lebenserwartung, sondern die hohe Arbeitslosigkeit und der Rückzug der Banken und Konzerne aus der Finanzierung der öffentlichen Kassen.

So werden die Staatsverschuldung und die Lächer in der Sozialversicherung immer größer. Das wird von immer heftigeren Einschnitten in sämtliche öffentlichen Diensten begleitet werden, vom Arbeitslosengeld über die Sozialhilfe bis hin zum Bildungssystem. Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und im Sozialbereich werden abgebaut. Dies wird wiederum über den Einnahmefall die Probleme für die öffentlichen Kassen verschärfen.

Im Rahmen eines zunehmend parasitären Kapitalismus, in der die Kapitalbesitzer die Pflünder der Staatsfinanzen als einen der wichtigsten Einnahmequellen selten, ist ein immer weiter steigender Schuldenberg unausweichlich. Insofern ist Theo Waigel nicht nur ein Bösewicht im Auftrag der Großkonzern, sondern auch ein Getriebener, dessen Haushaltsloch schneller wächst, als er rechnen kann.

Kein Grund zur Freude

Waigel und die anderen Zocker stellen den Schuldschein einfach auf die arbeitende Bevölkerung aus. Die Haushalte 97 und 98 werden sich am Ende als weitere Schläge gegen die ArbeitnehmerInnen erweisen. Die Lücken werden # wenn es nach Kohl geht, erst nach der Wahl # mit massiven Angriffen auf die sozialen Sicherungssysteme gestopft werden. Die für 1999 oder 2000 heranziehende Haushaltskrise wird die propäandistische Zerschlagerung für die vollständige Zerschlagung des Sozialstaates bieten.

Allein das anscheinend so harmlose Parken der Telekom-Akten bei der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ wird zu einem harten Angriff auf die Beschäftigten von Telekom, Post und Postbank führen. Die in diesem Jahr dadurch erzielten 15 Milliarden DM verschwinden jetzt waren sie eigentlich für die Pensionszahlungen für die Beschäftigten der ehemaligen Bundespost. Woher diese Gelder kommen sollen, ist jetzt unklar.

Von den zukünftig erfolgreichen Aktionären der privatisierten Telekom wird die Regierung sich das Geld kaum holen. Also werden wir nicht lange warten müssen, bis eine Debatte über die „privilegierten“ Pensionsbe-

zieher der Ek-Bundespost beginnt.

Es wird keinen stabilen Haushalt mehr geben, jede Kürzung und jedes Hinanschieben kommen verstärkt zurück. Die Gesellschaft wird immer reicher, Wissenschaft, Technik und Produktivität schreiten immer weiter, doch unter den Bedingungen kapitalistischer Konkurrenz das verschärft nur die Krise. Um die noch verbliebenen sozialen Rechte zu retten und die Arbeitslosigkeit zu beenden, müssen wir das Profit-Chaos abschaffen und eine sozialistische Gesellschaft aufbauen, in der die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen geplant wird.

unser standpunkt

Anfang vom Ende

Im Mai stürzte die Regierung in ihre tiefste Krise. Die Wirtschaftszahlen, die die Regierung ihren Finanzen zugrundegelegt hatte, stellten sich als zu positiv heraus. Plötzlich standen Bund, Länder und Kommunen für 1997 und 98 vor einem Haushaltsloch von 40 Milliarden Mark. Der Versuch durch Manipulation, Buchhaltertricks (Höherbewertung der Goldreserven und Devisenbestände) und Steuererhöhungen das Haushaltsloch zu stopfen, führte zu Konflikten zwischen FDP und CDU/CSU auf der einen Seite, aber auch zur Spaltung innerhalb der CDU/CDU.

Hinter dieser Krise der Regierung steckt die Krise des Systems und die Unfähigkeit der Herrschenden einen Ausweg zu finden. Und wenn es keinen Ausweg gibt, gibt es Streit über scheinbare Auswege. Und bei diesem Streit kommt zum Vorschein, daß es innerhalb der herrschenden Klasse verschiedene Interessen gibt, daß jede Partei bzw. jeder Flügel innerhalb einer Partei im Interesse der eigenen Machterhaltung, die gesellschaftliche Schicht befriedigen muß, die hinter ihr steht. Und obendrauf kommt natürlich das individuelle Karriereinteresse jedes Politikers. Ein Grund weshalb die Abgeordneten Neuwahlen zu diesem Zeitpunkt vermeiden wollten, war, daß die meisten noch keine Pensionsansprüche aus ihrer Abgeordnenzeit erworben haben.

Die Verantwortung dafür, daß diese Regierung immer noch im Amt ist, haben SPD- und Gewerkschaftsführung. 1994 wollten Scharping und Fischer die Regierung mit ihrer hauchdünnen Mehrheit jagen. Sie ließen sich aber nicht mal durch die 350.000 Demonstranten am 15. 6. 96 zum Jagen tragen.

Selbst als im Mai die Regierungskrise ausbrach, wollten die Führer der Opposition nichts wissen vom Sturz der Kohl-Regierung. SPD-Schäping mummelte etwas von „Neuwahlen“ in selten nicht mehr vorhandenen Bart, rüft sich jedoch angesichts solch kühner Vision gleich wieder zur Ordnung: „Die Koalition steht am Abgrund. Aber den entscheidenden Schritt nach vorn wird sie nicht tun.“ Schade eigentlich, kann man nichts machen.

Das „Beruhigende“: ob und wie die Regierung stürzt oder nicht, hängt diesmal nicht von der Opposition ab. Auch deswegen ist diese Krise ernster als die früheren. Die Regierung ist im Interessengrupp ihrer eigenen Klasse verfangen, in den Widersprüchen des krisenhaften Wirtschaftssystems. Dieses Interessengrupp wurde durch das Euro-Projekt enorm verstärkt. Deutschland hat 1992 die Maastricht-Kriterien durchgesetzt (siehe auch S. 7). Jetzt kann die herrschende Klasse sie selbst nicht einhalten. Die Behauptung von Waigel, daß mit den jetzt verabschiedeten Haushalten die Kriterien eingehalten werden können, hält keiner Überprüfung stand. Der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Walter, rechnet mit einer Neuverschuldung zwischen 3 und 3,5 Prozent.

Vielmehr werden bereits in den nächsten Monaten neue Korrekturen am Etat vorgenommen werden müssen. Und was dann – Steuern erhöhen? Die FDP muß dagegen sein, will sie die nächsten Wahlen überleben. Die Arbeiterklasse hart angreifen? Die Proteste könnten unkontrollierbare Ausmaße annehmen und die Regierung wegfeigen.

Hält die Regierung jedoch ihr Versprechen nicht, die Unternehmer weiter zu entlasten, gibt es Zoff aus den Chefetagen der Konzerne. BDI-Chef Henkel hat bereits aus Anlaß der geplanten Besteuerung von Gewinnrückstellungen damit gedroht, der Regierung die Untersützung zu entziehen.

Der Weg über Buchhaltungstricks und Privatisierungen Spielraum zu schaffen, ist bereits völlig ausgeschöpft. Massive Höherverschuldung verboten die Maastricht-Kriterien. Die Regierung sitzt in einer Falle, aus der sie nicht mehr raus kommt. Und diese Falle kann noch vor der nächsten Bundestagswahl zuschnappen. Was werden Kohl und Waigel machen, wenn sie nicht mehr widerlegen können, daß bereits mit dem 97er Haushalt die Neuverschuldung weit über 3 Prozent liegt? Was wird passieren, wenn im Frühjahr 1998 der Teichemarktreis für den Euro festgelegt wird? Eines ist sicher: das Ende der Kohl-Ära, wäre nach dem Regierungswechsel in Frankreich ein weiterer Sargnagel für den Euro.

Verteilung der Arbeit auf alle

Egal ob CDU, FDP, SPD, haben in allen Kommunen und Ländern wird Kahlschlag bei öffentlichen Dienstleistungen und Arbeitsplätzen betreiben. In der Privatwirtschaft vermeiden die Banken, Versicherungen und Konzerne Rekordgewinne und gleichzeitig weiteren Stellenabbau. Das hat inzwischen auch voll auf die Lehrstellen durchgeschlagen.

Ursel Beck, IG-Metall-Mitglied, Köln

So kann und darf es nicht weiter gehen. Aber was muß sich ändern? „Die Löhne müssen runter, dann ist Deutschland wieder wettbewerbsfähiger und es entstehen Arbeitsplätze“, schreiben die Unternehmer.

Die Erfahrung beweist das Gegenteil. Die Reallohne sind in den letzten Jahren gesunken; in vielen Konzernen wurde Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, bei denen durch Sondertropfen der Belegschaften die Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Trotzdem geht - ob mit oder ohne betriebsbedingte Kündigungen - der Stellenabbau weiter, trotzdem ist die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau gestiegen.

Arbeitszeitverkürzung

Die Gewerkschaftsführungen haben inzwischen die Position eingenommen, daß es weniger denn je zu verteilen gäbe. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich wurde über Bord geworfen. Auch viele Arbeitnehmer bezweifeln den Nutzen der Arbeitszeitverkürzung. Sie bedeute bisher: Trotz tariflicher Arbeitszeitverkürzung stieg die Arbeitslosigkeit und nahm der Stress für die Beschäftigten zu, die Reallohne nahmen dagegen ab.

Dies liegt aber vor allem daran, wie die Gewerkschaftsführungen bisher damit umgegangen sind.

Die IG Metall als Vorreiter hat schon 1977 die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als akтуelle Forderung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit (damals bei 1 Million) be-

schlossen. Doch ein erster ernsthafter Kampf darum wurde erst sieben Jahre später, nämlich 1984, geführt. Mangels Einsatz der vollen gewerkschaftlichen Stärke wurde nur der Einstieg erreicht, der danach schrittweise ausgebaut wurde. Jeder Schritt Arbeitszeitverkürzung wurde mit zusätzlichen Abstrichen bei Lohnforderungen bezahlt. Erst weitere 11 Jahre später, nämlich im Oktober 1995, galt in der Metallverarbeitung die 35-Stundenwoche. Andere Gewerkschaften blieben schon vorher in der Etappe hängen.

Obendrein ließen die Gewerkschaften zu, daß die tatsächliche Arbeitszeit durch Überstunden und Flexibilisierung verlängert wurde. Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf einen Schlag und die Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle kann die Arbeitslosigkeit wirksam abbauen. Bei einer Rekordarbeitslosigkeit von weit über 4 Millionen und weiteren Produktivitäts-Schüben ist dies dringend nötig. Denn mit immer weniger Arbeitskraft kann immer mehr produziert werden.

Allein im öffentlichen Dienst könnten nach einer Berechnung der OTV schon bei einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Personalausgleich 300.000 Stellen neu geschaffen werden.

Nein zu Lohnverzicht

Da die Konzerne Rekordgewinne einfahren und der gesellschaftliche Reichtum gesteigert werden könnte, wenn alle Arbeitslosen beschäftigt würden, ist der volle Lohnausgleich und steigende Realinkommen finanzierbar. Das ist nur möglich, wenn im gewerkschaftlichen Kampf einzig und allein die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Arbeitslosen Rücksicht zu nehmen.

Wenn jetzt Gewerkschaftschefs wie Zwickel und Mai mit der Forderung nach 32-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich ankommen und den teilweise Lohnausgleich für untere Einkommensgruppen sogar durch das Arbeitsamt finanzieren lassen wollen, ist Widerstand angesagt. Ein solches

Vorgehen ist kein fortschrittlicher Verteilungskampf gegen das Kapital, sondern Krisenmanagement im Interesse des Kapitals.

Neue Arbeitsplätze

1995 wurden rund 50 Milliarden DM privater Unternehmensgewinne in der Metallindustrie nicht wieder investiert („Daten für Metall 1996“). Es ist bezeichnend für die Krise der Marktwirtschaft, daß die Unternehmer ihre wachsenden Profite weniger denn je in Erweiterung von den Arbeitsstellen investieren. Aber die Gewinne wurden von den Arbeitern erarbeitet. Deshalb müssen sie unseren Interessen zugute kommen. Die Kapitalisten ziehen es dagegen vor, ihre Profite durch immer stärkere Ausbeutung der Arbeitskraft, durch Spekulation und staatliche Umverteilungspolitik zu erhöhen.

Ein Mittel der staatlichen Umverteilungspolitik besteht darin, öffentliche Dienstleistungen für die Normalbevölkerung abzubauen oder sie den Unternehmen durch Privatisierung in den Rachen zu werfen. In beiden Fällen kommt es zu massivem Arbeitsplatzabbau.

Die Kluft zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut wird immer krasser. Während die Superreichen in Saun und Baus leben, fehlt es an Schulen, Kindertagesstätten, Jugendzentren, sozialen und kulturellen Einrichtungen, öffentlichen Verkehrsmitteln.

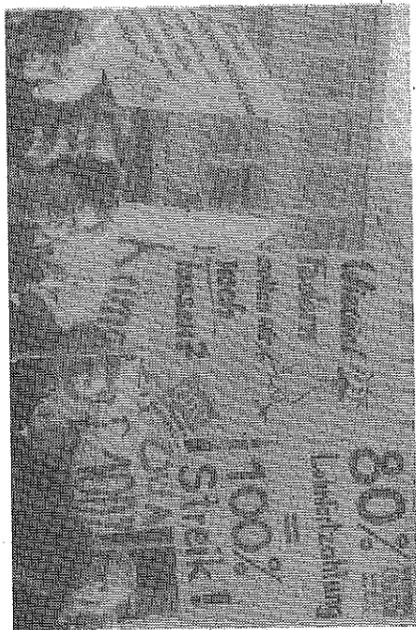
Mit 60 Milliarden Mark können im öffentlichen Dienst eine

Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Berücksichtigt man, daß dadurch auch wieder Lohnsteuern und Sozialabgaben in staatliche Kassen zurückfließen, müssen unter dem Strich nur 18 bis 20 Milliarden aufgebracht werden (Berechnungen PDS-Bundestagsfraktion).

Unternehmer entmachten

Der gewerkschaftliche und politische Kampf muß verbunden werden mit dem Kampf für eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Nicht umsonst haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit in ihren Grundsatzprogrammen das Ziel der Überführung der Produktion in Gemeineigentum festgeschrieben. Denn erst in einer Gesellschaft, die nach den

Bedürfnissen von Mensch und Umwelt wirtschaftet, wird Arbeitskraft nicht länger durch Arbeitslosigkeit verschwendet, sondern dafür eingesetzt, den Reichtum der Gesellschaft zu erhöhen, wird der technologische Fortschritt zu ständiger Verkürzung der Arbeitszeit führen. Ein konsequenter Kampf für radikaler Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitigen Reallohn erhöhungen würde massive Unterstützung in der Bevölkerung bekommen und damit die Ausgangsbasis schaffen im Kampf gegen die Unternehmer und für ihre Entmachtung. Kämpferische KollegInnen müssen für diese Politik in den Gewerkschaften Druck machen und gleichzeitig personelle Alternativen zu den jetzigen abgehobenen Gewerkschaftsführern aufbauen.



Der volle Lohn- und Personalausgleich ist nötig. Vor allem im öffentlichen Dienst sind viele KollegInnen skeptisch, weil Arbeitszeitverkürzung bisher auch immer Lohnverzicht und Arbeitsverdrängung bedeutet hat.

Unser Programm

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

Am Beispiel Wohnungsbau wird der Irrsinn der Marktwirtschaft deutlich. Einerseits sind hunderttausende Bauarbeiter arbeitslos, andererseits gibt es Wohnungsnot und 1 Million Obdachlose. Die Bauarbeiter bleiben arbeitslos, weil den Kapitalbesitzern der Profit nicht hoch genug ist. 1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für einen Arbeitsplatz bei rund 150.000 DM. Für 300 Millionen könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben liegen.

Das Ergebnis sind u.a. zu große Kindergartengruppen und Schulklassen, überfüllte Unis, schlechter öffentlicher Personennahverkehr. Post, Telekom und Bahn sind seit der Privatisierung nicht besser sondern schlechter geworden, was Arbeitsbedingungen, Löhne, Ausbildungsstellen, Gebühren und Service betrifft. Die Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen und Neueinstellungen bei demokratischer Kontrolle des öffentlichen Sektors im Interesse der Nutzer und Beschäftigten sind nötig.

Hinzu kommt der Ausfall bei der Erwirtschaftung des Sozialprodukts. Bei einem durchschnittlichem Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen von 87.000 DM jährlich könnten 5 Millionen Arbeitslose rund 435 Milliarden Mark erwirtschaften - das entspricht etwa dem Volumen des gesamten Bundeshaushalts. Es wäre kein Problem, ein umfassendes, gesellschaftlich sinnvolles Investitionsprogramm zu finanzieren und Millionen neuer Jobs zu schaffen.

werden, die Gesellschaft wird nicht armer sondern reicher im Gegensatz zu dem, was nun auch Zwickel glauben machen möchte, ist der Lohnausgleich bezahlbar.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

Arbeitssetze, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen - auch das ein schreiender Widerspruch der Marktwirtschaft. Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung

der Arbeit auf alle könnten wir weniger arbeiten, bei gleichem Lebensstandard. Durch technischen Fortschritt wurde und wird die Produktivität gesteigert, mit immer weniger Arbeit können dieselben bzw. sogar mehr Werte produziert

von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Planung

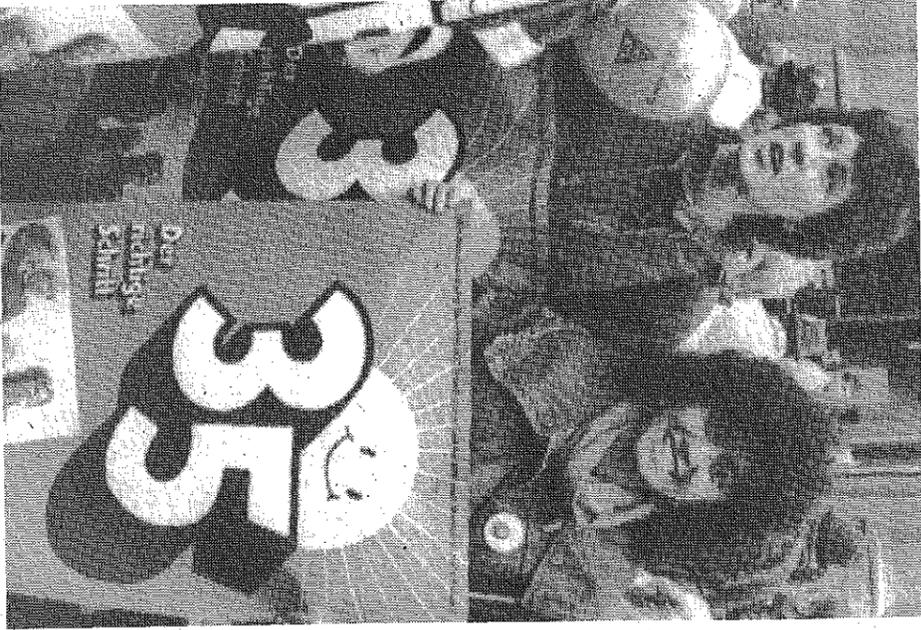
Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Reallohne und Armut erfährt. Um Arbeit

und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische Planung

von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

★ Sozialistische Demokratie statt Diktatur von Markt und Kapital

Schon 1979 streikten die Stahlarbeiter zum ersten Mal für die 35-Stunden-Woche. Heute wäre eigentlich eine Verkürzung auf 30 Stunden und weniger nötig, doch wegen der Kompromiß-Politik der Gewerkschaftsführungen sind in vielen Branchen noch nicht einmal die 35 Stunden erreicht.



oben



Steuerfrei

Der Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche kaufte den deutschen Partnermalersteller Boehringer Mannheim mit 18.400 Beschäftigten, davon 8200 in Deutschland. Boehringer gehört der Unternehmensfamilie Curt Engelhorn, die die Aktien-Mehrheit an der Holdinggesellschaft hält. Diese Holding residiert nicht in Deutschland, sondern auf den Bermudas. Die Familie erhält für ihr Aktienpaket 11 Milliarden Dollar (ca. 19 Milliarden Mark). Familienoberhaupt Curt Engelhorn frohlockte gegenüber dem SPIEGEL: „Waigel steht da von keinen Pennig.“

Privatvermögen

Die oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher haben 1750 Milliarden DM auf dem Konto, das sind 50 Prozent des Gesamtvermögens. Die unteren 50 Prozent verfügen dagegen gerade mal über 35 Milliarden DM, das sind nur 1 Prozent des Gesamtvermögens. Zur Vermögensvermehrung bei den Reichen hat die Kohl-Regierung kräftig beigetragen. In ihrer Amtszeit wurde zwischen 1980 und 1993 die Steuer- und Abgabenlast für Unternehmensvermögen um 6,4 Prozent verringert, das sind jährliche Einsparungen von 37,1 Milliarden DM. Arbeitnehmerhaushalte wurden dagegen um 4,7 Prozent mehr belastet, jährlich 57,5 Milliarden DM.

Job-

Verlagerungen?

Die Behauptung, die Unternehmer würden Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, ist eine Lüge. Trotz steigender Auslandsinvestitionen ist die Zahl der Industriebeschäftigten von deutschen Firmen im Ausland von 1991 bis 1994 nur um 132.000 gesunken. Diese Firmen haben aber in der gleichen Zeit zwei Millionen Stellen in Deutschland abgebaut. 1,68 Millionen Arbeitsplätze sind also völlig verschwunden. (Quelle: Institut für Weltwirtschaft - IfW - in Kiel).

Sozialhilfe

Laut Bundesamt für Statistik waren 1995 1,28 Millionen Haushalte von lauter Sozialhilfe abhängig. Hauptbetroffene sind Single-Haushalte (512.000), gefolgt von alleinerziehenden Frauen (289.000) sowie Ehepaaren mit Kinder (161.000) und ohne Kinder (85.000). 52,1 Milliarde DM wurden 1995 für Sozialhilfe ausgegeben. Im Durchschnitt bezahlen die Betroffenen 27 Monate Sozialhilfeleistungen von durchschnittlich 1458 DM, wovon ein Drittel für die Kaltmiete aufgewendet werden muß. 12 Prozent der Empfänger beziehen länger als 5 Jahre Sozialhilfe.



... wir hier unten

Das nennen die Streikenden:

„Wenn es sein muß, dann streiken wir bis Weihnachten. Ich selbst habe gerade Urlaub. Bin aber jeden Tag dabei, den Streik zu unterstützen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß viele Kollegen, die früher mal in der Gewerkschaft waren und zwischenteilig ausgetreten sind, jetzt wieder eintreten. Ich bin dafür, daß wir solange streiken, bis alle Arbeitgeber den Flächenarbeitsvertrag akzeptieren. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – das muß das Ziel sein! Und die Kohl-Regierung muß weg. Aber von der SPD erwarte ich mir auch nichts. Die SPD vertritt doch auch nur die Interessen der Wirtschaft und hockt selbst in den Aufsichtsräten.“

Hans-Jürgen Goetke, Polier, Firma Combe

Die Öffentlichkeit muß mitkriegen, warum es geht. Viele wissen doch gar nicht bescheid. Darum haben wir Auto- und Buskorsos durch die Innenstadt gemacht. Da muß die Gewerkschaft noch viel mehr unternehmen. In Brandenburg finden jetzt auch Warnstreiks statt. Das ist sehr gut. In den letzten zwei Jahren hat die IG BAU nicht viel getan. Vor drei Jahren ging's um das Schlechtwettergeld, im letzten Herbst um das 13. Monatsgehalt. Jetzt kommt alles zusammen und wir müssen uns gegen alle Säurenebeln auf einmal wehren.

Marko Wunderlich, Maurer in Pankow-Buchholz

front der Bauarbeiter zu schaffen. Schritte dazu könnten sein: **★ Vollstreik** in den betroffenen Betrieben in Berlin und Brandenburg. Die offizielle IG-BAU-Taktik der „Nadelstiche“ ist wenig effektiv und auf Dauer zu anstrengend für die Streikenden. Die Einbeziehung der Betriebe muß beschleunigt, die ganze Kampfkraft in die Waagschale geworfen werden. **★ Streik- und Protesttag** in Berlin und Brandenburg. Wenn die Unternehmerseite diesen Kampf gewinnen sollte, wäre dies nicht nur eine Niederlage für die betroffenen Kollegen, sondern für die gesamte arbeitende Bevölkerung. Es wäre eine Ermütigung für die Arbeitgeber in anderen Branchen. Daher sollte der DGB eine Solidaritätsaktion, am besten einen Streik- und Protesttag, für die ganze Region organisieren, zu dem Arbeitnehmern und Arbeitslose aus allen Betrieben mobilisiert werden. **★ Gemeinsamer Kampf** mit den Bauarbeitern im Osten. Wenn die Tarifverhandlungen um die Ostbahn scheitern, müßte die IG BAU diesen Kampf mit den Brandenburgern verbinden. Ein gemeinsamer Vollstreik gegen die Verzinsung der Flächenarbeitsverträge wäre nötig. **★ Erhalt des Flächenarbeitsvertrages.** Ein erster Erfolg war die Zusage einzelner Unternehmer, im Haustarif das bundesweit vereinbarte Ergebnis zu übernehmen. Dennoch bleiben die Bedingungen für den nächsten Arbeitskampf schlechter, solange der Flächenarbeitsvertrag nicht wieder hergestellt ist.

★ Volle Durchsetzung der Forderungen. Es darf keine Verschlechterungen im Vergleich zum bundesweiten Abschluß geben. Dieser ist bereits ein denkbar fauler Kompromiß. **★ Streik- und Protesttag** in Berlin und Brandenburg. Wenn die IG-BAU-Führung jetzt die ganze Kampfkraft nutzt und der DGB nicht nur in Worten, sondern auch Taten Unterstützung organisiert, ist es möglich, von der Defensiv- in die Offensiv-überzugehen. Dann könnten im Streik sogar Lohnhöhungen, die Rücknahme aller Kürzungen bei den Sonderzahlungen und die hundertprozentige Lohnfortzahlung bei Krankheit erkämpft werden.

★ Arbeit auf alle aufteilen – bei vollem Lohn- und Personalausgleich. 40.000 Bauarbeiter in Berlin sind arbeitslos. Andere müssen Überstunden leisten, einige für einen Stundenlohn von 5 DM. Es ist höchste Zeit, die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich einzuführen. Ein erfolgreicher Streik in diesen Wochen könnte die Voraussetzungen für einen Kampf für diese Forderungen schaffen. ■



1996: Bauarbeiter demonstrieren für einen allgemeinen Mindestlohn

Bauarbeiter-Streik in Berlin

„Wir sind seit letzter Woche Freitag im Streik. Was wir machen? Wir sitzen nicht nur hier im Streikzelt rum, sondern sind jeden Tag auf Achse. Wir klappern ständig andere Baustellen ab und reden mit den Kollegen, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Übrigens gab es bei diesen Aktionen jede Menge Neueintritte in die Gewerkschaft“, berichtet uns Jürgen Knobloch, der auf einer Baustelle in Berlin-Mitte arbeitet.

Avon Amm/Katja Raetz, Berlin

Seit dem 30. Juni streiken die Berliner Bauarbeiter, in Brandenburg läuft die Urabstimmung. Der Streik richtet sich gegen die mittelständische „Fachgemeinschaft Bau“, die nicht einmal den bundesweiten Tarifrabschluß anerkennt, der für die Bauarbeiter schon wenig Gutes verspricht.

Die „Fachgemeinschaft Bau“ fordert Lohnkürzungen um bis zu 30 Prozent, eine Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent und die Verzinsung des Flächenarbeitsvertrages. Die Unternehmer haben bereits Streikbrecher eingesetzt. Auf einer Baustelle beim künftigen Sitz des Wirtschaftsministers mußten Auszubildende dafür herhalten. Es gibt auf der anderen Seite

eine große Bereitschaft bei den Streikenden, sich aktiv für die Ausdehnung des Streiks zu engagieren. Tag für Tag werden andere Baustellen besucht, Auto- oder Fahrradkorsos durch das Stadtzentrum gemacht. Ende der ersten Streikwoche besuchten Mitllwetter das Streikzelt und kündigten an, nächste Woche mit hundert Wagen anzutreten. Die erste größere Veranstaltung fand erst am 8. Juli statt. Obwohl die IG BAU kaum mobilisiert hatte, war die Stimmung unter den dreihundert Kollegen sehr kämpferisch. Immer wieder wurden die Redner von „Jetzt geht's los“ und „Kohl muß weg“-Sprechchören unterbrochen. Wir kamen mit unserem Informations-Stand gut an, konnten 10 VORAN verkaufen und 30 DM für den Spendenfonds der SAV einnehmen. Eine Schwäche der IG BAU ist, daß sie der Berliner Streik nicht mit der laufenden Auseinandersetzung um den ostdeutschen Flächenarbeitsvertrag verbindet. Dort wollen die Unternehmer die 1995 im Stufenplan festgelegte Angleichung der Löhne auf 100 Prozent West kippen. Von dieser wichtigen Auseinandersetzung der ostdeutschen Kollegen ist über die IG BAU in Berlin nichts zu erfahren. Jetzt muß es darum gehen, eine möglichst grobe Kampf-

Gaetan Kayitare, Aachen

Die Bundesregierung will alle bundeseigenen Unternehmen und Industriebetriebe, alle bundeseigenen Wohnungen und Liegenschaften privatisieren. Jeglicher Protest seitens der ÖTV bleibt aus. Nicht nur der Bund, sondern auch Länder und Kommunen verschreiben alles, was das private Kapital begehrt: Energieversorgung, Verkehrsnetze, Flughäfen, Krankenhäuser, Müllentsorgung ... Privatisierung ist und bleibt Diebstahl am Gemeineigentum mit verheerenden Folgen: Stelenabbau, schlechte und teure Dienstleistungen.

Widerstand gegen Privatisierung

Die NRW-Landesregierung ist entschlossen, die Essensversorgung für Studentinnen (die Mensen) zu privatisieren. Sie stößt auf massiven Widerstand der 4000 Beschäftigten in den 13 Studentenwerken.

Betriebsbesetzung?

Die Beschäftigten des Studentenwerk-Aachens beschlossen, bei Privatisierungsversuchen den Betrieb zu besetzen. Sie blieben nicht nur bei diesen Androhungen, konkrete Schritte wurden unternommen. Ein Besetzungsrat und eine Streikleitung aus aktiven Kollegen wurde gewählt. Auf die Initiative der Beschäftigten wurden insgesamt über 5000 Unterschriften gesammelt und am 18. Juli dem Ministerpräsidenten Johannes Rau übergeben. Bei der Übergabe kündigte Manfred Engelhardt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der

Kämpfen lohnt sich

Bei Privatisierungen werden vor allem die über 40-jährigen, die jahrelang in den Studentenwerken gearbeitet haben, getroffen. Sie werden keine Chance in der Privatwirtschaft haben, denn schließlich waren sie ja keine Meister der Luxusgastronomie. Der Beschluß des Studenten-

Karriere dank ÖTV?

Die Essener ÖTV scheidet eine gute Ausgangsbasis für den Karriereprung zu sein. Innerhalb weniger Jahre ist mit dem stellvertretenden Kreisgeschäftsführer Ulli Hansch schon der vierte führende ÖTV-Funktionär gesprungen – und als Personal- und Planungsleiter der städtisch dominierten Messgesellschaft welch gelandet.

Claus Ludwig, Köln

Schon vorher hatte es so mancher ÖTV-„Kämpfer“ zu Höhen gebracht. Der eine wurde SPD-Fraktionsgeschäftsführer, ein anderer Arbeitsdirektor des Ruhrverbands, ein dritter wechselte zum Vorstand der Essener Verkehrsbetriebe (EVAÖ). Nach Berichten der „Neuen Ruhr-Zeitung“ verdrängt Hansch seinem neuen Job dem „Ja-Wort“ des Essener SPD-Maarchers Nowak, dem er mit seiner Stimme als Arbeitnehmervertreter im Messe-Aufsichtsrat dazu verhalf, den unerwünschten Geschäftsführer loszuwerden. „Offensichtlich dient die Arbeit als höherer ÖTV-Funktionär dazu, seine Qualifikation für Führungsaufgaben unter Beweis zu stellen und deutlich zu machen, daß man sehr wohl etwas mit gut bezahlten Posten anfangen weiß. Wahrscheinlich werden all diese Ex-Kollegen dann auch noch erzählen, daß es besser sei, wenn ein Gewerkschafter Arbeitsdirektor sei, als solcher kenne man doch die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmer.“

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß solche „Kollegen“ ihre Kenntnisse des Personalvertretungsgesetzes immer wieder gerne benutzen, um die Arbeitnehmer in die Pläne zu hauen und ihren neuen Chefs ihre Wirksamkeit zu beweisen.

Damit gewerkschaftliche Funktionen nicht mehr als Sprungbrett zur Karriere benutzt werden können, ist es nötig, die jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit und eine vollständige demokratische Kontrolle durch die Basis durchzusetzen. Die Begrenzung des Funktionsbereichs auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn würde dazu führen, daß solche Posten von Kolleginnen angenommen werden, die für Arbeitnehmerinteressen kämpfen wollen und nicht von Karrieristen. ■

Hafenkrankenhaus: Zukunft ungewiß

Durch den zähen Widerstand von Beschäftigten und Anwohnern wurde dem Hamburger Senat die Schließung des Häfenkrankenhaus erschwert. Die Einrichtung einer Notfall-Ambulanz im seit März geschlossenen Häfenkrankenhaus wurde zumindest hinausgeschoben. Eventuell hält sich die SPD dies bis zu den Bürgerschaftswahlen im September offen, um nicht ihre letzten Wähler auf St. Pauli zu verlieren.

Doch viel mehr wäre drin gewesen, wenn die Anwohner und die Leute im Häfenkrankenhaus nicht allein gelassen worden wären, sondern die zuständige Gewerkschaft ÖTV diesen Kampf auf das Hamburger Gesundheitswesen ausgedehnt hätte. Holger Harnisch, Sprecher der Initiative „Ein Stadtteil steht auf“ meint dazu in einem Interview mit der „Jungen Welt“: „Die Rolle der Gewerkschaft ÖTV war äußerst zwiespältig. Als die Proteste stark waren, haben sie uns unterstützt. Sonst haben sie sich zurückgehalten oder sogar gegen das Häfenkrankenhaus gearbeitet. Die haben mit geringerem Protest über die Bühne gehen. Aber der Senat will 2000 Stellen kürzen. Nun kommen andere Einrichtungen dran. Die Gewerkschaftsführungen leisten halberzigen Widerstand, weil sie selber in diversen Aufsichtsräten sitzen.“

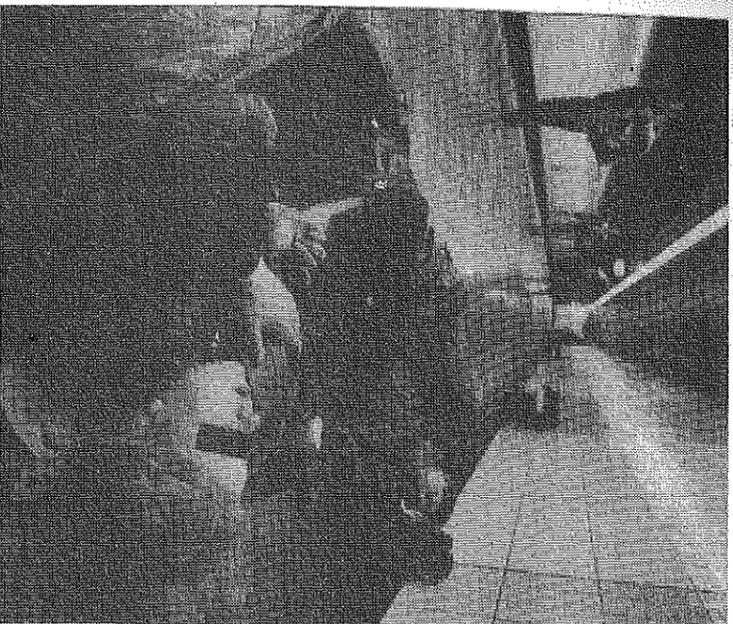
Schon jetzt wurde der Übernahmestop für Auszubildende in den Hamburger Krankenhäusern beschlossen

sende Privatisierung nachdenkt, aber eine Teilprivatisierung könne nicht ausgeschlossen werden. Eine neue Kabinettsvorlage wurde für den Herbst angekündigt. Und was meinen die Studentenwerker dazu? „Auch bei Teilprivatisierung wird der Laderaum Tag und Nacht besetzt. Wir lassen uns nicht mehr durch leere Kassen einschüchtern“, so Engelhardt. ■



Protestaktion der Aachener Studentenwerker

Ganz unten in Köln, Hamburgs und Berlin



Die steigende Jugendobdachlosigkeit hat nichts mit „Herumtreiberei“ zu tun, sondern mit wachsender sozialer Not.

In Deutschland, einem der reichsten Länder, der Welt leben 3000 bis 4000 Kinder und Jugendliche auf der Straße. Immer mehr Kids sind auf „Trebe“, Tendenz steigend.

Jörg Blumenfeld, Köln

Die genaue Zahl obdachloser Jugendlicher kennt niemand, denn nicht immer suchen Eltern ihre Kinder, die von zu Hause abgehauen sind, per Vermittlungsanzeige. Mißhandlung, Vernachlässigung und sexueller Mißbrauch sind oft die Gründe dafür, daß Kinder und Jugendli-

che aus ihrem gewohnten Umfeld ausbrechen.

Sie verlassen ihre Familie oder das Heim, weil die Zustände für sie dort unerträglich geworden sind. Streetworker beklagen ein stetiges Anwachsen der Jugendobdachlosigkeit. Die Kids, die auf „Trebe“ sind werden immer jünger. In Berlin lag noch bis 1989 das Einstiegsalter der jugendlichen Obdachlosen um 15 Jahre. Mittlerweile nehmen sich in der Obdachlosen-szene bereits zehnjährige Ausreisertinnen. Kein Wunder, bei sprunghaft steigender Arbeits-

losenquote und daraus resultierender Wirtschaftsmisere, die sich oft in familiären Konflikten zuspitzt.

Einige Jugendliche wandern in die harte Drogenszene ab. Um Geld für den nächsten Schuß zu bekommen stehlen die Jugendlichen oder prostituieren sich. Was bleibt ihnen auch anderes übrig bei einer verfallenen Drogenpolitik seitens des Staates.

Der körperliche Zustand der jugendlichen ist oft nicht der Beste, ständig ist die Gefahr vorhanden, daß sich die Kids mit irgendwelchen infektiösen Krankheiten anstecken. HIV, Hepatitis, Abzesse und sonstige Krankheiten kommen weitaus häufiger vor als unter der selbsthaften Bevölkerung.

Die Stimmung in der Szene wird aggressiver. Grund hierfür ist die harte Verteilungspolitik der Städte, die gegen innen unliebsame Personengruppen (Punks, Drogenabhängige, Obdachlose) Platzverbot aussprechen und diese Menschen von einem Stadtteil ins nächste jagen.

Die Stadt Köln belächelt es nicht nur bei Worten, sondern ließ direkt Taten folgen, indem sie obdachlosen Kindern und Jugendlichen das Taschengeld striich. Bis vor kurzem bekamen Kinder und Jugendliche in städtischen Schutzstellen je nach Alter zwischen zwei und vier Mark Taschengeld am Tag. Mit diesem konnten sie ihre Eltern dahin anrufen, sich etwas zu essen kaufen oder es auch nur einfach für nötige Busfahrten benutzen.

Die Stadt Köln und ihre Vollstrecker haben sich jetzt eine Pseudodargumentation zurecht-

gelegt, um den Kids die paar Marker zu stehlen. Die Oberen der Jugendämter argumentieren, daß akute Krisen nur von kurzer Dauer seien und dafür brauchen die Jugendlichen nunmal kein Taschengeld! Diese Begründung ist genauso blödsinnig wie die Sparmassnahmen pervers ist. Denn kein Mensch kann wissen, wie lange eine solche Krise dauert. Trotz dieser ganzen Umstände gibt es für viele obdachlose Kids keine Alternative zur Straße.

Kriminal, der in einer großen Stadt in Nordrhein-Westfalen auf der Straße lebt, wurde von seinen Pflegeeltern ständig geschlagen: „Ich habe mir immer viele Unterhosen übereinander angezogen, damit es nicht so weh tut“. Für ihn kommt nur noch eine eigene Wohnung in Frage, meint er.

Auch Susi, die jahrelang in einem Heim lebte und dort ständig von einem Erzieher sexuall mißbraucht wurde, will verständlicherweise nicht dorthin zurück. Weltweit nimmt Jugendobdachlosigkeit zu: In Istanbul leben 15.000 Kinder und Jugendliche auf der Straße, viele von ihnen schnüffeln den billigen Klebstoff „Bally“ und prostituieren sich. In Bukarest leben über tausend Kinder auf Bahnhöfen und Plätzen, teilweise erst fünf oder sechs Jahre alt.

Allein 1000 Kinder leben in Sofia auf der Straße, selbst Dreijährige stolpern mit einer Zigarette im Mund durch die Straßen. All dieses ist kapitalistische Realität. Grund genug, diesen Wahnsinn zu beenden, und für ein System zu kämpfen, in dem jeder genug zu essen, ein Dach über dem Kopf und eine Arbeit hat. ■

Bürgerliche Rechte

Kommt die deutsche FPÖ?

Die offizielle Linke – SPD und Grüne und auch die Gewerkschaftsführungen – hat viele Programmpunkte über Bord geworfen. Daraus, daß soziale Reformen in der wirtschaftlichen Krise nicht mehr so leicht durchsetzbar sind, schließen sie, daß es unmöglich ist.

Die Gewerkschaftsführungen bieten sich als Co-Manager an, die SPD versucht, die bessere CDU zu sein. Sie bieten keine Alternative zur Arbeitslosigkeit und zum Sozialabbau.

Rückzug der offiziellen Linken

Doch die Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl wächst, auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmern, von denen viele von der Pleite bedroht sind. Kohl hat sein politisches Schicksal an die Einführung des EURO gekettet. Aber die Schwierigkeiten und Risiken, die damit verbunden sind, werden immer deutlicher. Die größten Profiteure des EURO wären die großen, international operierenden Konzerne wie Daimler oder die Deutsche Bank.

Der Mittelstand hingegen fürchtet die verschärfte internationale Konkurrenz. Auch er will den „Standort Deutschland“ mit drastischen Sozialkürzungen und Niedriglöhnen – aber ohne die Risiken des EURO.

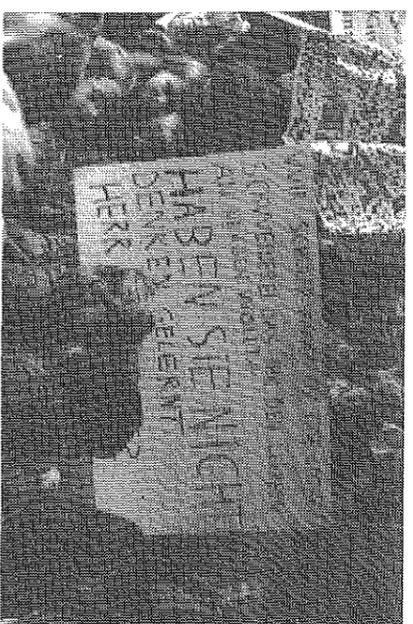
Viele, die sich früher von CDU und FDP vertreten fühlten, haben heute einen anderen Standpunkt als ihre Parteifüh-

rungen. Sie nehmen gegen die europäische Währungsunion Stellung und wollen einen national orientierten Sozialabbau. Da der linke Gegenpol in der Öffentlichkeit fehlt, hat diese Art von Opposition auch eine gewisse Anziehungskraft auf Intellektuelle, die sich früher für links hielten.

Wenn Kohl bei der Wahl 1998 an einer verpatzten oder kriselnden Währungsunion scheitert, kann es zu Spaltungen in den bürgerlichen Parteien kommen. Unter FDP-Rechten wird schon lange über eine neue nationalistische Partei diskutiert.

In der Krise spitzen sich die Interessengegenätze zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern zu, ebenso zwischen den verschiedenen Kapitalisten. Die etablierten Linken haben keine Antwort anzubieten, die bürgerlichen Parteien können nationalistische Ideen, die sich angeblich gegen die „Großkonzerne“, gegen die „Globalisierung“, „Rechten und die Interessen des „Bürgers“ vertreten, größere Unterstützung bekommen.

Unsere Alternative dazu ist die Verteidigung der bisher erreichten Arbeitnehmerrechte und der Kampf für eine Verteilung der Arbeit auf alle und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die neolibérale Kürzungspolitik kann nicht mit nationalen Phrasen besiegt werden, sondern nur durch den gemeinsamen Kampf der ArbeitnehmerInnen über Ländergrenzen hinweg. ■



SchülerInnen der Gesamtschule Rodenkirchen rücken dem Kölner Regierungspräsidenten auf die Pelle

Schülerprotest gegen Lehrervertretung

Ein ganz normaler Dienstag in der Köln-Rodenkirchner Gesamtschule. Doch der Schein trügt. Just an diesem Tag bekamen 8 LehrerInnen einen Brief, in dem stand, daß sie nach den Ferien an einer anderen Schule unterrichten müssen.

Der Termin war gut gelegen: In einer Zeit, wo Zeugiskonferenzen und Ausflüge an der Tagesordnung sind, kann die Schullehrnervertretung (SV) schlecht etwas gegen die geplanten Maßnahmen unternehmen, was ganz im Sinne der Bezirksregierung ist, will sie doch möglichst geräuschlos den Lehrermangel verteilen statt neue Stellen zu schaffen.

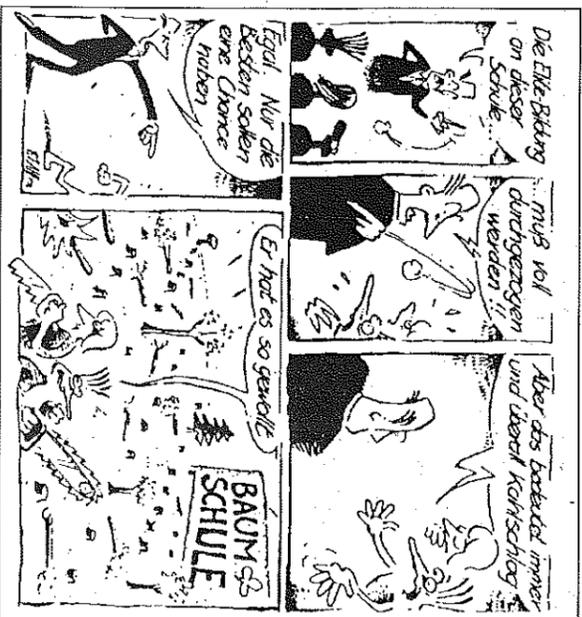
Doch die SV schaffte es, eine Demonstration zu organisieren. Bei strömendem Regen zog etwa die Hälfte der Gesamtschule vor die Bezirksregierungs- um ihre Meinung zu verbreiten. Bemerkenswert war

auch, daß Eltern sich an der Demo beteiligten.

Nachdem die SV von der Polizei als Hilfsordner eingeteilt wurde, weil die Unterstufe sonst das Gebäude gestürt hätte, wurde die Stimmung immer aufgeregter. Auch Leute vom privaten Sicherheitsdienst der Bezirksregierung – als Klemmper verkleidet – trugen dazu bei, indem sie SchülerInnen von diversen Treppen vertrieben und einmal sogar jemanden durch Blutmenbeete jagten.

Als der private Sekretär des Regierungspräsidenten Antwortes herauskam, erfolgte ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert. Der Sekretär bot an, mit einer Delegation 10 Minuten zu sprechen. Das Gespräch dauerte dann doch über zwei Stunden. Am Schluß wurde immerhin zugesagt, alles noch einmal zu überdenken.

Rasmus Nowotny,
Schüler, Köln



Unfall in Alsdorf: Opfer der Sparpolitik

21 Kinder und ein Lehrer wurden am 26. Juni durch eine Verpuffung und anschließende Explosion in der Gesamtschule Alsdorf verletzt. Drei Kinder erlitten lebensgefährliche Verbrennungen 80, 70 und 40 Prozent.

Die Kinder hatten mit einem äthanolhaltigen Lösungsmittel ihre Klasse gesputzt. Dabei entstand im Klassenraum ein brennbares Luftgemisch.

Daß SchülerInnen ihre Klasse selber putzen müssen, wird immer mehr üblich. Da sollen ein paar Mark für Reinigungskräfte gespart werden, doch an die Folgen für unsere

Kinder wird nicht gedacht. Es ist kaum zu glauben, daß man Kinder mit so leicht brennbaren Materialien arbeiten läßt. Reinigung mit solchen Mitteln ist Aufgabe von qualifizierten Kräften, nicht von Kindern.

Zwar ist das Putzen durch SchülerInnen auch in Alsdorf bislang immer gut gegangen, doch jetzt hat sich gezeigt, daß dies letztlich nur eine Frage der Zeit war. Das Unglück war vermeidbar und ist direkte Folge der Kürzungspolitik an den Schulen.

Holger Dröge, Aachen

Nein zum Europa des Kapitals

Für eine sozialistische Alternative

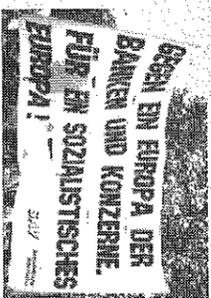


An der Spitze der internationalen Demonstration in Amsterdam liefen die Marschierer, die vorher zwei Monate lang durch Europa gezogen waren. Die Märsche zeigten das Potential für die länderübergreifende Zusammenarbeit der Bevölkerung.

Wer das Europa ablehnt, an dem die Regierenden bauen, wird gerne in die rechte Ecke gestellt. Jürgen Trittin, Vorstandssprecher der Grünen, wirft allen Gegnern „dumpfen Nationalismus“ vor. Offensichtlich können er und andere sich nur ein kapitalistisches Europa vorstellen. Das heißt allerdings auch: nur ein Europa der Banken und Konzerne mit Massenarbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ungerechtigkeit, Lohndumping und Deregulierung. Die SAV kritisiert aber die Europäische Union (EU) und den Euro von einem internationalistischen Standpunkt aus. Wir verteidigen nicht die D-Mark, nicht die nationalen Währungen, sondern die Löhne und Einkommen. Wir verteidigen nicht die nationalen Grenzen sondern wir sind gegen soziale Ausgrenzung.

Von Georg Kimmel, Köln

Vor 40 Jahren wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet, der Vorläufer der EU, und seit mindestens vierzig Jahren bemühen sich die verschiedenen Staaten um die europäische Einigung. Wieso ist Europa bis heute nicht



geeint, ja nicht einmal ein Teil Europas, die 15 Staaten der EU? Schließlich liegen die Vorteile eines geeinten Europas auf der Hand: einheitlicher Wirtschaftsraum ohne Grenzen, eine Währung, völlige Bewegungsfreiheit für Personen, Produkte und Dienstleistungen.

Die erste Wirtschafts- und Währungsunion war schon für 1980 geplant. Bis heute ist dieses Ziel nicht erreicht.

Woran liegt das? Vielleicht am Widerstand in der Bevölkerung? Haben wir darauf bestanden, eine Aufnahmegenehmigung für jeden längeren Aufenthalt in einem anderen EU-Land beantragen zu müssen? Haben wir darauf gepecht, daß das Wirtschaftswort von unterschiedlichen nationalen Normen, Regelungen, Gesetzen, Verordnungen erhalten bleiben muß? Hätte irgendjemand etwas dagegen gehabt wenn man sich in der EU auf den jeweils höchsten Standard im Umwelt- und Verbraucherschutz, bei der sozialen Absicherung, bei den Löhnen und bei Arbeitnehmerrechten geeinigt hätte?

Die Arbeiterbewegung hat immer nur Widerstand gegen Ver-schlechterungen geleistet. Eine EU, bei der die breite Masse draußfahl, ist auch wahrlich kein Fortschritt.

Hindernisse

Das Hindernis für ein geeintes Europa liegt im Charakter der zu einigenden Staaten selbst. Es handelt sich um kapitalistische Staaten. Kapitalismus bedeutet aber Konkurrenz, Konkurrenz

zwischen den Konzernen und zwischen den Staaten. Uneinigkeit und Streit zwischen den Staaten sind Ihnen quasi schon in die kapitalistische Wiege gelegt. Die Einigung Europas ist ein seltsamer Prozeß. Weil es in vielerlei Hinsicht an Substanz fehlt, schafft man Institutionen. Die gaulken dann Gemeinsamkeit vor, wo sie nicht vorhanden ist. (Süddeutsche Zeitung, 24. 5. 97.)

Von kapitalistischen Staaten zu erwarten, sich auf Dauer zu einigen, heißt so viel wie: von den verschiedenen Automobilkonzernen zu erwarten, sie sollen sich ein für allemal über ihre Marktanteile und Profite einigen.

Kein Wunder also, daß es jedesmal schon als Erfolg gewertet wird, wenn ein Gipfeltreffen zu Ende gebracht wurde, ohne daß man völlig zerstritten ist. Kein Wunder auch, daß beispielsweise Deutschland zwar den freien EU-Binnenmarkt predigt, aber von 1992 bis 1994 selber 243 neue nationale Rechtsvorschriften erlassen hat, die ihn einschränken. (Lexikon „aktuell 97“).

Warum gibt es dann überhaupt Abmachungen und zumindest Teil-Einigungen zwischen den Staaten der EU? Was die Staaten ein, sind ihre gemeinsamen Interessen im Konkurrenzkampf gegen den Rest der Welt, gegen die beiden Wirtschaftsblöcke unter Führung der USA und Japans und gegen die sogenannte Dritte Welt. Was die EU zusammenhält, ist das gleiche Prinzip, das jede Verdreherorganisation



zusammenhält: gemeinsam ist man erfolgreicher. In dem einen Fall geht es vielleicht um Einfluß und Abkassieren in verschiedenen Stadtteilen, in dem anderen geht es um ganze Erdteile.

Den Kapitalisten bleibt auch gar nichts anderes übrig, als zu versuchen, Europa freudig zu

einigen: Die Art und Weise, wie heute produziert wird steht schon lange in krassen und jeden Tag wachsendem Widerspruch zu dem begrenzten Rahmen einzelner Länder.

Eine beliebige mittelgroße Firma ist heute in der Lage, den Bedarf an, sagen wir Toasten, für ganz Europa und darüberhin- aus zu decken. Für Produktion und Absatz in großen Stül sind aber die verschiedenen Normen, Stecker, Netzspannungen und Währungen Hindernisse. Auch die heutigen Verkehrsmittel und die Möglichkeiten der weltumspannenden Telekommunikation stehen im schreienden Widerspruch zu den engen Grenzen der Nationalstaaten.

Widersprüche

Durch ein kapitalistisches Europa werden bzw. würden die Probleme und Widersprüche aber nicht gelöst. Der Konkurrenzkampf zwischen den EU-Staaten wird zwar teilweise abgemildert aber nicht aufgehoben, zudem noch ergänzt durch den Konkurrenzkampf zwischen den

schon aus ganz Europa verjagt. Wo vormals jeder einzelne Staat sein wirtschaftliches Gewicht einsetzte, um die Länder der sogenannten Dritten Welt auszubenten, setzt die EU heute ihr größeres gemeinsames Gewicht ein. Und aus Handelskriegen zwischen Staaten sind längst Handelskriege zwischen den Blöcken geworden.

Grundlagen

Daß eine im Grunde vorteilhafte Sache, die wirtschaftliche Einigung Europas, ins Gegenteil umschlägt, zum Nachteil für die Masse der Bevölkerung in Europa wird, liegt am kapitalistischen Wirtschaftssystem. Dessen Prinzipien sind: Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion nur für den maximalen Profit, Konkurrenz auf Grundlage des Konkurrenzkampfes und damit völlig unverzüglich und krisenhaft. Und die Demokratie hört im Kapitalismus am Fabrikator, am Arbeitsplatz auf.

Die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft sind dagegen: Gemeineigentum an Produktionsmitteln, Produktion für die Bedürfnisse der Menschen, Produktion auf Grundlage einer demokratischen, flexiblen Planung. Und Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft ist die Voraussetzung für das Funktionieren eines sozialistischen Europas. Daraus ergibt sich von selbst, daß die DDR und die anderen Ostblockstaaten nie sozialistische Länder waren.

Hat man jemals gehört, daß ein Arbeitnehmer die Möglichkeit hat, seinen Lohn in dem Land zu versteuern, in dem die Lohnsteuer am niedrigsten ist?

Die großen Wirtschaftsböcken. Die Wirtschaftsbarrrieren zwischen den EU-Staaten wurden ersetzt durch noch höhere Schranken an den Außengrenzen der EU.

Auch die Probleme werden auf eine höhere Stufe gehoben: aus der nationalen Arbeitslosigkeit wird eine – unter dem Strich noch größere – europäische Arbeitslosigkeit, aus Unterschieden in der Wirtschaftskraft einzelner Gebiete innerhalb der Länder werden noch größere Unterschiede in der Wirtschaftskraft zwischen den Regionen in Europa. Die Spaltung in „Gut“- und Schlechtererleidende wird noch tiefer.

Die Flüchtlinge, die zuvor die Chance hatten, in einem einzelnen Land vielleicht eine Zuflucht zu finden, werden inzwischen

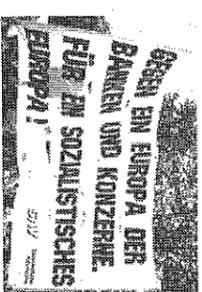
Produktion für die Bedürfnisse der Menschen, Produktion auf Grundlage einer demokratischen, flexiblen Planung. Und Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft ist die Voraussetzung für das Funktionieren eines sozialistischen Europas. Daraus ergibt sich von selbst, daß die DDR und die anderen Ostblockstaaten nie sozialistische Länder waren.

Demokratie

Das jetzige Europa ist noch un-demokratischer als das System der bürgerliche Demokratie der einzelnen Länder. Die einzige gewählte Institution, das Europäische Parlament, hat praktisch nichts zu sagen. In einem sozialistischen Europa würden alle

Personen und Organe demokratisch gewählt, angefangen beim Schulleiter über die Leitung einer Fabrik bis hin zu den Einrichtungen, die die gemeinsamen Amgelegheiten eines geeinten Europas regeln würden.

Praktisch heißt das die Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum, damit einhergehend die Einführung der Demokratie in Betrieben, Wirtschaft und Verwaltung, die Wahl aller Leitungsfunktionen, jederzeitige Abwählbarkeit, keine mit diktatorischen Vollmachten und Mil-



lionen-Einkommen ausgestatteten Manager, sondern demokratische Planung der Produktion und Bezahlung aller Leitungsfunktionen nach durchschnittlichem Lohn und Gehalt.

Freizügigkeit für Personen und Waren?

Wenn ein portugiesischer Bauarbeiter um der Arbeitslosigkeit in einem Baucontiner Kollegen in einem Baucontiner hinaus muß, heißt das im EU-Sprachegebrauch „Recht auf Freizügigkeit“. Wenn derselbe Bauarbeiter aber hier arbeitslos wird, verliert er über kurz oder lang sein Aufenthaltsrecht. Die Freizügigkeit ist nur das Recht der Bankonzeme, sich billige Arbeitskräfte zu holen.

Die Konzerne haben auch die Möglichkeit, ihre Gewinne grenzenlos in Europa hin und her zu schieben und dort zu versteuern, wo es am günstigsten für sie ist. Hat man jemals gehört, daß ein Arbeitnehmer die Möglichkeit hat seinen Lohn in dem Land zu versteuern, in dem die Lohnsteuer am niedrigsten ist?

Heute sind Millionen arbeitslos, während dringend notwendige Arbeit nicht getan wird, z. B. in den Bereichen Umweltschutz, Kindergärten und Schulen, Bildung, Gesundheit und Wohnen. Gleichzeitig wird jede Menge unnütze Arbeit verrichtet, angefangen bei der Rüstungsindustrie, über die EU-Bürokratie bis hin zu den Fahrtscheinkontrollen in der Straßenbahn.

In einem sozialistischen Europa würde die vorhandene Arbeitskräfte sinnvoll eingesetzt und die Arbeit auf alle Schultern verteilt. Gleichzeitig würden unnütze Arbeiten abgeschafft und der Produktivitätsfortschritt genutzt werden, um die Wochen- und Lebensarbeitszeit radikal zu verkürzen – bei vollem Personalausgleich und bei höherem Lohn. Wer das bezahlen soll? Ein Europa, in dem zusätzliche 18 Millionen Menschen jeden Tag sinnvolle Arbeit machen, ist reich an einem, in dem jeden Tag 18 Millionen Menschen zum Nächstun verdammt sind.



Agrarpolitik

Kampff die Hälfte des gesamten EU-Haushaltes werden Jahr für Jahr für Agrarpolitik ausgegeben, im letzten Jahr umgerechnet 77 Milliarden DM. 20 Prozent der Betriebe, meist Großbetriebe,

entwerfen bis zu 30 Prozent der EU-Agrargelder (1992) („EU-ROPA in 100 Stichworten“, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – über die aktuelle Verteilung werden keine Angaben gemacht).

Nach vier Jahrzehnten europäischer Agrarpolitik sind Böden und Grundwasser durch Spritz- und Düngemittelrückstände belastet. Weitere Stichworte sind: Massentierhaltung, Hormone in Kälberrfleisch, Tiertransporte kreuz und quer durch Europa, und der BSE-Standal – erinnert sei hier an die Mitverantwortung der zuständigen Kommission. Mit EU-Subventionen wurden industriell arbeitende Fischfangflotten subventioniert, die die Nordsee leerfischen.

Mit EU-Geldern wird die Überschub-Produktion der Landwirtschaft bis unter den Weltmarktpreis subventioniert. Die heimischen Märkte und die kleinen Bauern in Ländern der sogenannten 3. Welt werden mit den Dumping-Preisen kaputt gemacht. Die subventionierte Überschubproduktion von Nahrungsmitteln in der EU führt zu Mangel und Hunger in den armen Ländern. Da kann jeder ahnen was passiert, wenn die „Erfolge“ der EU-Agrarpolitik auf alle Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt werden.

In einem sozialistischen Europa würde man dagegen eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft betreiben, weil das Ziel wäre, gesunde Nahrungsmittel in einer gesunden Umwelt zu produzieren statt Profit zu machen.

Verkehrspolitik

Während die Schweiz bemüht ist, den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, droht die EU dem Land mit der Blockade wichtiger Verhandlungen, wenn nicht auch LKW über 28 Tonnen die schweizer Alpen überqueren dürfen. Ein sozialistisches Europa würde umgekehrt Druck machen, daß in ganz Europa der Güterverkehr umweltfreundlich mit der Bahn transportiert wird.

Heute fließen EU-Subventionen an die Automobilindustrie. Ein sozialistisches Europa würde stattdessen die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr subventionieren.

Außenpolitik

Ein sozialistisches Europa würde die Fluchursachen, nicht die Fluchtlinge bekämpfen. Es würde die Arbeiterbewegung in anderen Ländern im Kampf um höhere Löhne unterstützen statt den Weltlauf um die schlechtesten Löhne zu forcieren.

Das sind nur einige Beispiele was man in einem sozialistischen Europa anderes machen könnte.

Das wäre nicht ein „etwas besseres“ Europa, sondern ein radikal anderes Europa, in dem Schluß wäre mit dem Wahnsinn der Arbeitslosigkeit, der Umweltozerstörung, der Rüstungsproduktion. Ein Europa, in dem nicht die „Maasricht-Kriterien“ erfüllt werden müßten, sondern Kriterien wie: Arbeit und Einkommen für alle und eine gesunde Umwelt.

Ein sozialistisches Europa ist möglich und nötig. Das kapitalistische Europa war in diesem Jahrhundert Ausgangspunkt zweier Weltkriege. Die Warnung, oder genauer die Drohung von Helmut Kohl, daß die Frage Europas über Krieg und Frieden im nächsten Jahrhundert entscheidend ist, ernst zu nehmen. Aber Helmut Kohl und sein kapitalistisches Europa zum Garant des Friedens zu machen, wäre noch fataler als den Bock zum Gärtner zu machen. Die einzige Alternative zum Kapitalismus ist ein sozialistisches Europa als Teil einer sozialistischen Demokratie weltweit. ■

EURO-VERSCHNIEBEN ODER AUFWEICHEN?

Die Diskussion um eine mögliche Verschiebung des Euro ist im Gange und wird sich im Herbst noch verschärfen. Laut Maasricht-Vertrag ist eine Verschiebung der Europäischen Währungsunion (EWU) durch politische Entscheidung nur noch bis Ende diesen Jahres möglich, danach gilt automatisch der Starttermin 1. 1. 99.

Angela Bankert, Köln

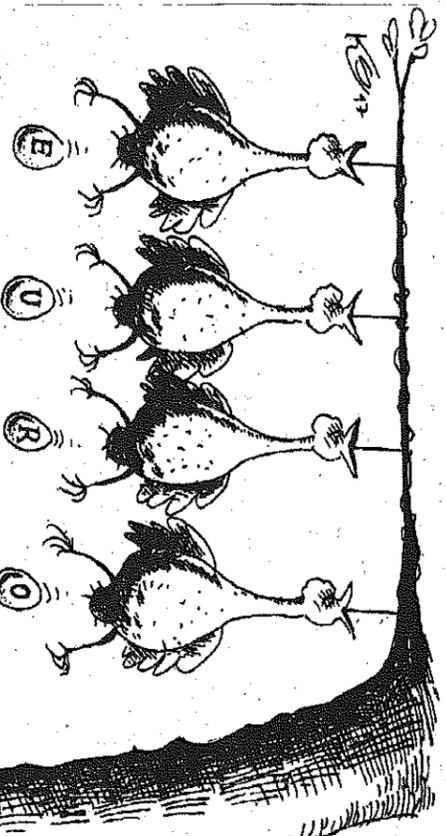
Bis 1980, so beschossen es vor langer Zeit die europäischen Regierungen, sollte eine Währungsunion und eine politische Union geschaffen sein. Die Union wäre die kapitalistischen Marktwirtschaft und ihrer Krisen machen diese Pläne zunichte. Erst nach einem Jahrzehnt mit einem langen Kojunkturhoch wagte man sich erneut aus Werk. Auch im Rahmen der Maasricht-Verträge wurde der Beginn der EWU schon einmal verschoben, nämlich als die Regierungsschicks 1995 beim Gipfel in Madrid feststellten, daß nur Luxemburg alle Kriterien erfüllt

so schlimm?

Richtig ist, daß die Obergrenze von 3 Prozent Neuverschuldung, ebenso wie das Kriterium 60 Prozent Gesamtverschuldung, willkürlich festgelegt wurden. Es käme von daher nicht auf eine punktgenaue Landung an. Aber entscheidend ist die Tendenz der Verschuldung, und die ist stetig steigend.

Bei Abschluss des Maasricht-Vertrages 1992 betrug die durchschnittliche Gesamtverschuldung der EU-Staaten 59 Prozent. Deshalb einigte man sich „über den Daumen“ auf 60 Prozent. Aber seitdem ist die durchschnittliche Verschuldung auf 74 Prozent angewachsen, obwohl alle Regierungen Anstrengungen zum Schuldensabbau unternommen haben. Alle waren und sind neoliberaler Politik und Sparhaushalten verpflichtet, egal ob bürgerliche oder sogenannte linke Regierungen. Dennoch wuchs und wächst die Staatsverschuldung unaufhörlich. Ausbruch der grundlegenden krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus.

Die nationalen Haushalte (Frei nach Wilhelm Busch)



te. Ursprünglich sollte das Euro-Abenteuer 1997 schon begonnen haben.

Eine abermalige Verschiebung würde die Pläne zur Einheitswährung nicht nur für wenige Jahre auf Eis legen, sondern auf unabsehbare Zeit begraben. Denn auch nach zwei oder drei Jahren würden viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union keineswegs alle Maasrichter Kriterien erfüllen können. „Warnt Alt-Bundeskanzler und Euro-Anhänger Helmut Schmidt (ZEIT, 13. 6. 97) und kommt zu dem Schluß: „Aufgeschoben ist aufgezogen.“

In der Tat: Was soll sich in 1998 und den Folgejahren besesen? Da zur Erfüllung der Kriterien im Stichtag 1997 viele Regierungen zu Buchhaltertricks und Einmalertösen aus Privatversicherungen greifen, wird die Staatsverschuldung in den Folgejahren garantiert wachsen. Doch gerade das sollte durch die EWU verhindert werden: „Nachhaltige Stabilität“ sollte per eingebautem Automatismus der Kriterien, der Einheitswährung, des Stabilitätspakts sowie unabhängiger Geldpolitik der EZB garantiert werden.

Kriterien-Gerangel

Vor diesem Hintergrund spielt sich das politische Gerangel um die Kriterien-Erfüllung ab. Wer hat recht: Ist 3,0 Prozent für die Stabilität des Euro unabhängig, oder sind 3 x Prozent auch nicht

beim Sozialabbau, sie weichen vor Widerstand und Unmut in der Bevölkerung, aus Angst vor Wahlschlappen zurück. Besonders Frankreich ist dem Kapital ein Lehrstück. Aber auch die Bundesregierung greift lieber tiefer in die Finanz-Trieckste, als sich im Vorwahljahr eine Massenbewegung gegen Sparpolitik aufzuhalten.

Wachsende Verschuldung bedeutet eine Verschlechterung der realwirtschaftlichen Lage der Staaten, ebenso wie sich bei jedem Privatmenschen seine wirtschaftliche Lage mit steigenden Schulden verschlechtert. Wenn dann noch eine flaute Konjunkturerwicklung oder vor dem Jahr 2002, der eigentlichen Einführung der Euro-Währung, gar eine Rezession hinzukäme, verschlimmert das die Situation. Aber auch bei günstigeren Umständen ist schon jetzt absehbar, daß der Euro eine weitaus labilere wirtschaftliche Grundlage bekommt als vorgesehen. Damit sind ökonomische Verwerfungen sowie Turbulenzen auf den Finanz-

Wo Defizite abgesehenkt wurden, hatte das nur vorübergehende Auswirkungen: Privatisierungsschritte, Neubewertungen von Reserven, Verkauf von Immobilien, Verschiebung von Tilgungszahlungen, eine für 1997 in Italien einmalig erhobene Maasricht-Steuer – all diese sind Maßnahmen, die nur vorübergehend Luft schaffen. Danach wächst der Schuldenberg wieder. Die laufenden Einnahmen aus privatisierten ehemaligen Staatsbetrieben fehlen (so hat bisher die Telekom Milliarden-Überschüsse an den Staatshaushalt abgeführt), die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Armut wächst. Daher steigen die Sozialausgaben trotz Kürzungen, die Zins- und Tilgungslasten wachsen, die Steuerentnahmen sinken durch Steuerergeschenke an Unternehmer, Steuerdumping und schwache Konjunktur.

Finanzmärkte

Die BürgerInnen kann man vielleicht mit Zahlen- und Kriterien-Jonglieren verwirren, die Finanzmärkte jedoch nicht. Wenn 1997 die meisten Staaten nicht punktgenau landen werden, so wäre das zwar isoliert betrachtet noch keine Katastrophe, aber dann manifestiert sich für die Finanzmärkte: Tendenz negativ, die Regierungen bekommen die Hausstale nicht in den Griff, sie sind nicht entschlossen und rabiat genug



Waigel und sein Widersacher Stoiber. Die Unternehmer und ihre Politiker sind über das Euro-Projekt gespalten.

Goldfinger Waigel

Die „Operation Goldfinger“, mit der Finanzminister Theo Waigel im Mai die Goldreserven der Bundesbank höher bewerten und seine Finanznöte lindern wollte, hat im In- und Ausland ein starkes Echo hervorgerufen und mußte wieder abgeblasen werden. Kreative Buchführung zur Erfüllung der Maasricht-Kriterien ist in der EU nichts Neues; andere Regierungen jonglieren damit schon länger. Doch es macht einen Unterschied, ob dies in Portugal oder im wirtschaftlich stärksten Land der Ankerwährung des ECU, im neben Frankreich wichtigsten Teilnehmerland des geplanten Euro, geschieht.

Waigel zog sich darauf zurück, daß laut Maasricht-Vertrag die Goldreserven 1999 ohnmäßig neu bewertet werden müßten, und: „Was 1999 richtig ist, kann 1997 und 1998 nicht falsch sein.“ fügte er treuherrlich hinzu. Doch tatsächlich soll nur der Teil der Goldreserven jedes Landes, der 1999 an die künftige Europäische Zentralbank EZB überführt werden muß, einheitlich bewertet werden.

Da der deutsche Goldschatz zum niedrigsten Goldpreis bewertet ist, ergibt sich durch Bewertung zum aktuellen Marktpreis insgesamt eine Reserve

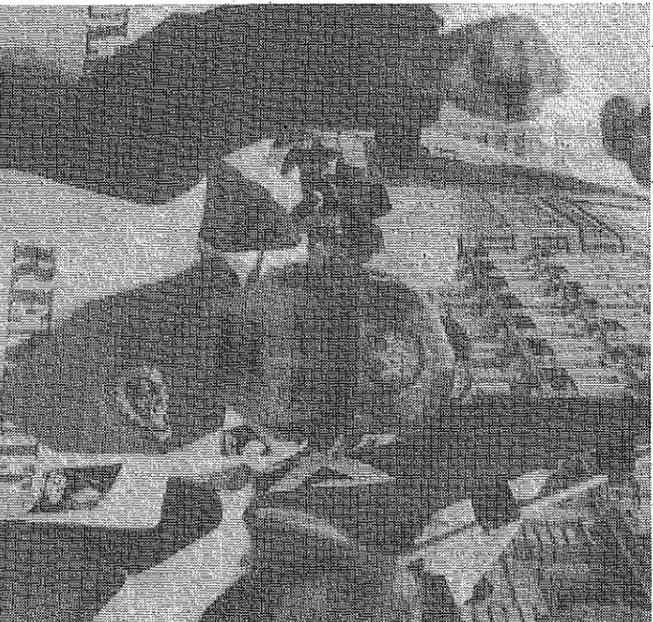
von 40 Milliarden DM. Andere EU-Staaten haben ihre Goldreserven schon jetzt bis zum Anschlag (zum Teil sogar über dem aktuellen Marktpreis) bewertet, und die daraus erwachsenden Mittel für sich verflüssigt.

Bevor man einen Teil der Goldreserve der EZB überläßt, dessen schnell noch für den eigenen Staat zu verflüssigen, liegt im Interesse der nationalen herrschenden Klasse. Gegen eine solche Operation hatte die Bundesbank auch zunächst nichts einzuwenden: Im Gegenteil, laut SPIEGEL-Berichten kam der Vorschlag sogar aus Bundesbank-Kreisen, um damit eine Teil-Tilgung der Kosten der deutsche Einheit vorzunehmen und die staatliche Gesamtverschuldung abzusenken.

Aber es ist eine andere Sache, ob die gesamte Goldreserve höher bewertet wird und ob damit Geldschöpfung zum Stoppen von aktuellen Haushaltslöchern betrieben werden soll. Und genau das hatte Waigel vor: die Summe der eingesparten Tilgungskosten wollte er sich von der Bundesbank überweisen lassen – ein Akt der Geldschöpfung, der dem Ankerpfeiler der Notenspre gleichkommt.

Doch gerade die Geldschöpfung durch nationale Regierungen ist im Maasricht-Vertrag und EZB-Statut ausdrücklich verboten. Denn zum Garantieren der Stabilität des Euro gehört laut Propaganda-Broschüre von Waigels eigenem Finanzministerium „vor allem das Verbot der Kreditgewährung von Zentralbanken an den öffentlichen Sektor. Diese Bestimmung zwingt die öffentlichen Hände, sich wie jeder private Kreditnehmer zu Marktbedingungen an den Kapitalmärkten zu finanzieren. Unsicheres Wirtschaften wird dann mit höheren Zinsen bestraft. Eine Finanzierung von Staatsausgaben durch die Notenspre ist nicht mehr möglich.“ (aus: „Der Euro – stark wie die Mark“)

Waigels Goldoperation signalisierte, daß diese Bestimmungen im Notfall auch im Stabilitäts-Musterlande nicht allzu ernst genommen werden. Die ganze Affäre zeigt auch, daß jeder herrschenden Klasse im Zweifel das nationale Hemd näher ist als der europäische Rock. Und dies ist ein grundlegender Wehfehler, der das Euro-Projekt zum Scheitern bringen wird. ■



Renault-Arbeiter auf einer Demonstration in Paris: Die Arbeiter-Proteste haben den Regierenden Europas die Grenzen des europaweiten Sozialdumping aufgezeigt.

Nach den Wahlsiegen von Blair und Jospin

Sommerschlußverkauf der Sozialdemokratie



Jospin und Blair: Ihre Ziele unterscheiden sich kaum, aber der Franzose Jospin steht unter großem Erwartungsdruck der Arbeiterbewegung.

„In 13 von 15 Staaten der Europäischen Gemeinschaft regieren Sozialdemokraten, allein oder in Koalitionen“ – so triumphierte SPD-Politiker Rudolf Scharping beim Treffen der europäischen Sozialdemokratie in Malmö im Juni. Die dort versammelten Politiker sahen sich in den Wahlsiegen von Britanien und Frankreich und beschworen die Wiedergeburt der Sozialdemokratie. „Die Menschen wenden sich vom Neoliberalismus ab.“ so der schwedische Ministerpräsident Persson.

Angela Bankert, Köln

Daß die Menschen von neoliberaler, marktdiktierter Politik die Nase voll haben, das drücken die Wahlergebnisse in der Tat deutlich aus. Aber das bedeutet noch keine innige Zuvendigung zur Sozialdemokratie. Schon wenige Tage nach dem Treffen in Malmö mußte dies die irische Labour Party erfahren, die lange in einer Koalitionregierung gesessen und selbst neoliberale Politik mitbetrieben hatte: sie verlor erst-russchlagig die Hälfte ihrer Sitze (siehe auch Artikel unten). Da waren's nur noch 12. Und die schwedischen Sozialdemokraten fielen in Meinungsumfragen nach nur zwei Jahren

Arbeitszeit von 45 Prozent auf 30 Prozent, Ergebnis ihrer marktradikalen Sparpolitik, mit der in kurzer Zeit der schwedische Sozialstaat demontiert wurde.

Frankreich

Die französischen Sozialisten waren im Wahlkampf immerhin mit ein paar fortschrittlichen Vorhaben angezogen: im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll die Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich verbleiben, 700.000 neue Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen und eine aktive Beschäftigungspolitik auf EU-Ebene durchgesetzt werden. Privatisierungen sollen vorerst gestoppt und „überprüft“ werden, ebenso der Stellenabbau bei den Renault-Werken, deren Hauptaktionär der Staat ist.

Doch schon nach wenigen Wochen Amtszeit sieht es mit der Umsetzung dieser Vorhaben nicht gut aus. Auf europäischer Ebene gab sich die französische Regierung (einschließlich der Kommunisten) mit einem belang- und folgenlosen Beschäftigungskapitel im Mastricht-Vertrag zufrieden. Der Stabilitätspakt, den Jospin im Wahlkampf noch kippen wollte, wurde doch unterzeichnet.

Die Privatisierungen gehen weiter und das Renault-Werk in

Vilvoorde wird trotz heftiger Proteste der Belegschaft definitiv geschlossen. Die 35-Stunden-Woche wurde auf Eis gelegt, unverbindliche Beratungen dazu sollen erst im Herbst beginnen.

Deswegen gab es auch keine Schonfrist für die neue Regierung. Schon kurz nach der Amtsbekanntgabe gingen in Paris 70.000 GewerkschafterInnen, Migranten und Beamte auf die Straße, um für die Umsetzung der 35-Stunden-Woche und anderer Wahlversprechen Druck zu machen. Darin kommt zum Ausdruck, wie groß die berechtigten Skepsis auch der eigenen Wählerbasis gegenüber der Regierung ist.

Großbritannien

Tony Blair in Großbritannien versucht gar nicht erst eine andere Politik. Er gelobe schon im Wahlkampf, die Wirtschaftspolitik Thatchers fortzusetzen. An der Finanzplanung will er nichts ändern, also weitere Sparhaushalte aufliegen. Er wendet sich gegen die Unterstützung allererzielender Eltern und kündigte weitere Kürzungen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe an. Die im Wahlkampf versprochene Unterzeichnung der EU-Sozialcharta (die einige wenige Mindeststandards für Arbeitnehmer festlegt) will er auf Druck der Industrie erst einmal auf Eis legen. Und auf den EU-Gipfeltreffen profiliert er sich demgegenüber als Verfechter von Industrialinteressen und Delegierung, daß er selbst konservativen Politikern auf die Nerven geht.

Rhetorik

„Nicht die Sozialdemokratie steigt derzeit in Europa, sondern die Opposition. Nicht eine Vision bricht sich Bahn, sondern Protest“ bringt die ZEIT die Lage auf den Punkt. Und: „jede Regierung, die in einem europäischen Land an die Macht kommt, steht vor der gleichen Aufgabe: die Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globalisierter Märkte zu sichern.“ Daran stimmt eins: Entweder

man legt sich mit dem Großkapital an, um es zu entmachten und eine Politik im Interesse der Bevölkerung durchzusetzen, oder man bleibt in den Sachzwängen des Kapitalismus verfangen und landet letztlich bei der immer gleichen Politik der Krisenverwaltung auf dem Rücken der Bevölkerung, im Namen von Wettbewerb und Globalisierung.

Bei dem sozialdemokratischen Gipfel-Treffen in Malmö sagte ein führender SPD-Politiker: „Was die Linke in Europa verbindet, sind nicht die Inhalte, sondern Rhetorik und Tradition.“ (ZEIT, 13. 6. 97) Die Inhalte der Sozialdemokratie zeigen inzwischen vor allem die Verbindung zu bürgerlicher Politik. Mehr als Rhetorik und Tradition sind nicht übrigge-

blieben. Doch auf der Grundlage von Nostalgie und dem Erinnerungsvormögen älterer Wähler läßt sich keine sozialdemokratische Wiedergeburt bewerkstelligen. Die Aufgabe der europäischen Arbeiterbewegung besteht heute darin, die Wiedergeburt sozialistischer Ideen und kämpferischer Arbeiterparteien anzupacken. ■

Sozialistischer Wahlerfolg in Irland



Joe Higgins, Abgeordneter der Sozialistischen Partei, zeigte mit seinem Wahlsieg in Dublin-West, daß linke, sozialistische Politik Massenunterstützung bekommen kann.

Abgeordneter mit Arbeiterlohn

Während alle anderen Parteien nach den Parlamentswahlen wegen Stimmverluste in trübsinniger Stimmung waren, hatte die Sozialistische Partei Irlands (Schwesterpartei der SAV) Grund zu feiern: Ihr Kandidat Joe Higgins setzte sich durch und vertritt nun den Wahlkreis Dublin-West im irischen Parlament. Auch in vier anderen Wahlkreisen errang die SP respektable Ergebnisse. VORAN befragte Joe Higgins.

Was ist Dein persönlicher politischer Hintergrund?

Ich bin aktiver Sozialist seit 25 Jahren. Ich war Mitglied der Militant-Gruppe in der irischen Labour Party und habe in den 70ern und 80ern dafür gekämpft, daß die LP zu linken sozialistischen Ursprüngen zurückkommt. Heute ist die LP nicht viel mehr als eine Karriere- respungrout für rechte Politiker.

Ich wurde 1989 aus der LP ausgeschlossen, danach war ich weiterhin in der Militant Labour Party aktiv, die sich im letzten Herbst als Sozialistische Partei konstituiert hat. Am Rande eine kleine Ironie der Geschichte: meine unterlegene Gegenkandidatin von der Labour Party gehörte zu denen, die meinen Ausschluss aus der LP betrieben haben.

In den letzten Jahren habe ich mich in verschiedenen Bürgerinitiativen engagiert, u. a. gegen die Einführung hoher Wassergebühren, gegen eine Kranken-

hausschließung, gegen die Zerstörung einer Grünzone in Dublin West, in einer Kampagne gegen Drogenhändler, in der die Menschen in verschiedenen Stadtteilen sich zum Kampf gegen Heroin-Dealer sowie für mehr Betreuung- und Therapieangebote für Drogenabhängige eingesetzt haben.

Spielten diese Themen im Wahlkampf eine Rolle?

Ja, besonders wichtig war die Kampagne gegen die Wassergebühren, die 1994 eingeführt und zu einem brennenden politischen Thema wurden, zumal kurz zuvor noch eine Amnestie für Steuerhinterzieher beschlossen wurde und der Staat damit freiwillig auf 500 Millionen Pfund verzichtete.

Dies führte zu einer der größten Bürgerbewegungen, die Dublin seit Jahrzehnten erlebte, koordiniert von der „Föderation gegen Wassergebühren“, deren Dubliner Vorsitzender ich war. Der Widerstand umfaßte einen Zahlungsbeykott der Wasserrechnungen, Mahnwachen, Demonstrationen sowie eine juristische Gegenstrategie.

In Anbetracht der Massenbewegung machte die Regierung letzten Dezember einen Rückzieher und schaffte die Gebühren wieder ab. Die Leute erkannten die zentrale Rolle, die die SP bei der Erkämpfung dieses Sieges gespielt hatte. Dies war ein wichtiger Faktor im Wahlkampf.

Wie haben andere Linke bei den Wahlen abgeschnitten?

Man muß sie eher als Ex-Libit bezeichnen. Die Labour Par-

ty, die zuvor in der bürgerlichen Koalition war, büßte die Hälfte ihrer Sitze ein. Die andere ex-linke Partei, die Demokratische Linke, verlor ebenfalls ein Drittel ihrer Sitze, weil sie die Koalitionregierung unterstützte.

Wir betrachten unseren Wahlsieg auch als Chance für einen Neubeginn der Linken insgesamt. Wir wollen natürlich unsere Sozialistische Partei stärken, aber darüberhinaus auch eine neue Linke in Irland aufbauen helfen, indem wir die Zusammenarbeit mit anderen Sozialisten, gewerkschaftlichen und sonstigen Aktivisten suchen. Im Wahlkampf haben wir eng mit anderen Aktivisten der Anti-Wassergebühr-Kampagne zusammengearbeitet. Die Basis für eine Kooperation mit anderen Gruppierungen ist gelegt worden, wir müssen jetzt sehen, wie sich das weiter entwickelt.

Was werden Deine ersten Handlungen als Abgeordneter sein?

Zunächst werde ich bei der anstehenden Wahl des Ministerpräsidenten gegen alle bürgerlichen Kandidaten stimmen, und den Menschen erklären, daß man keinem von ihnen vertrauen kann. Eines meiner Wahlversprechen war, als Abgeordneter von einem durchschnittlichen Arbeiter-Lohn zu leben. Wir müssen also ausarbeiten, welchen sinnvollen Zweck wir den Diäten-Überschuß zuführen. Und natürlich werde ich meine Position dazu nutzen, den Einfluß sozialistischer Ideen in Dublin und Irland zu verbreiten und vertiefen. ■

Armut und Reichtum global

Aus dem neuesten Bericht der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, UNDP, geht hervor, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und immer zahlreicher werden, sowohl in der sogenannten 3. Welt wie auch in den Industrieländern. Einige Daten aus dem Bericht:

Untere Entwicklung

• 1,3 Milliarden Menschen, fast ein Drittel der Menschheit, müssen mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen, 800 Millionen haben nicht genug zu essen

• Ein Viertel der Bevölkerung in unterentwickelten Ländern lebt in menschlicher Armut, d. h. kurze Lebenserwartung, Alphabeteniveau (840 Million Menschen), Mangel an Grundversorgung wie sauberes Trinkwasser und Zugang zu Gesundheitspflege (800 Millionen Menschen)

• Am meisten sind Frauen betroffen: ihre Sterblichkeitsrate in der Dritten Welt liegt 10 bis 100 mal höher als in Industrieländern

Regionale Verteilung der Armut

• 220 Millionen leben in Afrika, südlich der Sahara, das ist die höchste Armutquote

• 510 Millionen in Asien, das sind in absoluten Zahlen die meisten, trotz rasanten

Wirtschaftswachstum in der Region

• 110 Millionen in Lateinamerika, wo durch frühere Gesundheits- und Alphabetisierungskampagnen die Armut zunächst zurückgedrängt wurde aber inzwischen wieder im Anstieg ist

• 120 Millionen in Osteuropa, das ist der größte Zuwachs: 1986 gab es in Osteuropa noch 4 Millionen Arme, heute ist es ein Viertel der Bevölkerung

• 100 Millionen in Industrieländern leben unter der Armutsgrenze, 5 Millionen sind obdachlos, 37 Millionen offiziell arbeitslos

Reichtum

• Die Einkommens-Schere zwischen den reichsten und ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung öffnet sich weiter: 1960 lag das Verhältnis bei 30:1, 1991 bei 61:1 und 1994 bei 74:1.

• Der reichste Mexikaner besaß 1995 mit 6,6 Milliarden Dollar so viel wie die gesamten Jahresinkünfte der 17 Millionen ärmsten Mexikaner

• Die zehn reichsten Menschen der Welt haben 135 Milliarden Dollar Vermögen angehäuft. Das ist anderthalb mal so viel wie das Volkseinkommen der am wenigsten entwickelten Länder.

Türkei: Schleichernder Putsch



Frauen-Demonstration gegen die Islamisten: Die Militärs versuchen, an der Angst vieler Türkinnen vor den Islamisten anzuknüpfen und sich als Hüter des Fortschritts auszugeben.

Mit Drohungen haben die mächtigen Militärs die Islamisten aus der Regierung gedrängt. Doch auch die neue Regierung wird keine Stabilität erreichen können. Zu tief ist die wirtschaftliche und soziale Krise.

Verschiedene Kräfte ringen um die Macht in der Türkei. Ihnen ist gemeinsam, daß sie alle schon einmal an der Regierung waren und die gleiche Politik machen: Kürzungspolitik auf Kosten der Arbeiter und Fortsetzung des Krieges gegen die Kunden.

Es gibt in der Türkei keine starke bürgerliche Partei. Keine der Parteien hat bei den letzten Wahlen mehr als 20 Prozent erreicht. Ein großer Teil der Politiker ist durch und durch korrupt. Sie werden vor allem durch die bisherige Außenministerin Ciller von der „Partei des rechten Weges“ (DYP) repräsentiert. Untersuchungsanschlüsse haben Verbindungen von DYP-Abgeordneten zur Mafia, Heroin-Händlern und bezahlten Killern aufgedeckt. Ein Autounfall im November

letzten Jahres bei Susurluk enthüllte, wie stark Politik, Staat und Mafia miteinander verstrickt sind. Bei diesem Unfall saß eine illustre Runde im Auto: Abdullah Ciddi, ein von Interpol wegen mehrfachen Mordes und Heroin-Handels gesuchter faschistischer Attentäter; der ehemalige stellvertretende Polizeipräsident von Istanbul, Hüseyin Kocadağ, und der DYP-Abgeordnete Sedat Bucak, der in Kurdistan eine Privatarmee zum Kampf gegen die PKK und für den Drogenhandel unterhält.

Im Kofferraum befanden sich Waffen und falsche Papiere. Schon bald stellte sich heraus, daß die Gangster vorher den Innenminister Mehmet Agar besucht hatten. Der Bevölkerung enthielt sie, was viele schon längst gekannt hatten aber nicht offen anzusprechen wagten: Killer und Dealer bewegen sich in höchsten politischen Kreisen, staatliche Stellen heben Faschisten und Kriminelle für die sogenannte „Kontergentilla“ an, die Morde an Kurdinnen und linken Oppositionellen durchführt.

Der Regierungschef der neuen Koalitionsregierung, Mesut Yılmaz, von der „Mutterhandspartei“ (ANAP) meinte: „Der Staat und die Mafia sind untereinander vermischt... Macht des schwarzen Geldes, Macht der Politik, Macht der bewaffneten Aktionen... Das geht bis zum Höchsten, mehr als man vernunten“ („Kurtulus“, 9. 11. 96).

Islamisten im Spagat

Die islamistische „Wohlfahrtpartei“ (Refah) unter Erbakan ist bei den letzten Wahlen stark eine Massenbasis aufbauen können, weil die kleinen Bauern und Händler, die Arbeiter und Arbeitslosen genug haben von der Verkommenheit und Korruption der Politikerkaste und sich von der ihr einen Ausweg aus der sozialen Krise versprechen.

Dafür mußte die Refah einen Spagat wagen. Einerseits versprach sie die „gerechte Ordnung“ und erhöhte die Beamtengehälter, andererseits ging sie die Koalition mit der neoliberalen DYP ein und setzte Kürzungen und Privatisierungen auf die

Rolle für Frauen im öffentlichen Leben, Verbesserung für die Bauern und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche versprach. Das Ausmaß von Chateamis Sieg hat riesige Erwartungen hervorgerufen.

Hohe Wahlbeteiligung

Diese Wut hat ihren Ausdruck in den Wahlen gefunden. Die Menschen hatten Angst vor einer reaktionären Offensive im Falle eines Sieges für Nuri. Gerüchte in den Unis besagten, Nuri wolle den Schador, das alles verhüllende Gewand für Frauen, als Pflicht für Studentinnen wieder einführen. Ein Anwohner in Teheran kommentierte: „Es ist sehr wichtig, daß Nuri nicht Präsident geworden ist. Zum ersten Mal haben die Leute abgelehnt, was das Establishment wollte.“

Dies war die Wahl mit der höchsten Wahlbeteiligung (94 Prozent) in der Geschichte der Islamischen Republik. Die Leute strömten in die Wahllokale, um für den Kandidaten zu stimmen, der mehr persönliche Freiheiten, Respekt vor dem Gesetz statt der Willkür, eine größere

Tagessordnung. Um ihre Massenbasis nicht zu verlieren, setzte sie immer stärker auf religiöse Rhetorik. Refah-Redner feierten den Iran und forderten die Einführung der Scharia, des islamischen Rechts.

Wirtschaftskrise

Wirtschaftlich ist die Türkei längst wieder der „kranke Mann am Bosphorus“. Die Inflation stieg zur Zeit bei 120 Prozent. Vom den 50 Milliarden DM des Staatsaushaltes wird mehr als die Hälfte für den Krieg in Kurdistan verwendet. Internationale Börsenmakler warnen vor dem Kauf türkischer Aktien. Der Internationale Währungsfonds (IWF) verlangt ultimativ eine Beschleunigung des Privatisierungstempes.

1980 hatte das Militär gepuscht, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Das neoliberaler „Modell Türkei“ mußten Zehntausende ermordeter, inhaftierter und gefolterter Sozialisten und Gewerkschafter mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen.

Doch im Zeitalter der verschärften globalen Konkurrenz ist der türkische Kapitalismus wieder ins Hintertreffen geraten. Die Arbeiterbewegung hat sich zur selben Zeit von ihrer Niederlage erholt und mit den Streik-Wellen gegen Privatisierung und für Inflationsausgleich 1994 und 1995 ihr Potential gezeigt.

Auch politisch ist die Zeit der Friedhofsrufe vorbei. Bei den Protesten gegen den Mafia-Shar Anfang dieses Jahres spielten erstmals wieder linke Parteien wie die „Freiheits- und Soldatenspartei“ (ÖDP) und die „Partei der Arbeit“ (EP) eine Rolle.

Die eigentliche Regierung

Die jetzige Lage ist auch ein Produkt des Eingreifens des Militärs. Sie hatten nach ihrem Putsch 1980 sowohl die Islamisten gefördert als auch die Aktivitäten der faschistischen „Grauen Wölfe“ und die Machenschaften der Mafia gedeckt. Jetzt ging ihnen die DYP-Korruption und der Refah-Islamismus zu weit. Sie sahen, wie sich in der Bevölkerung Widerstand regie und erzwangen durch Putschdrohungen eine Regierung unter ihrer Kontrolle. Mit schein-fortschrittlichen Sprüchen gegen den „mittelalterlichen Islamismus“ versuchten sie, Unterstützung bei der städtischen Bevölkerung – Bürgerliche

wirtschaft integrieren.

Chateami wird die Interessen des Kapitalismus im Iran verteidigen. Aber in der Wahl wurde er von Frauen, Studenten und Arbeitern unterstützt, die völlig entgegenge-setzte Interessen zu denen der Fraktionen der herrschenden Elite haben. Chateami wird unanswehlich mit denjenigen in Konflikt geraten, denen er seinen Wahlsieg zu verdanken hat. Ein Kommentator im BBC-Rundfunk sagte: „Chateami... bleibt ein loyales Mitglied des Systems und würde wahrscheinlich erschrecken, wenn er wüßte, was einige seiner Unterstützer von ihm erwarten.“

Die Erwartungen sind groß, und Chateami wird nicht allzu viel Zeit haben, sie zu erfüllen. Nach 18 Jahren Staatsterrorismus und fallenden Lebensstandards wollen die

und Arbeiterklasse – zu bekommen.

Hinter ihnen versammeln sich die Politiker der bisherigen bürgerlichen Opposition: ANAP, DYP-Abweicher und die Sozialdemokraten von DSP und CHP. Sie wollen die Islamisten und die Ciller-Clique in den Hintergrund drängen. Eine andere Politik wollen auch sie nicht.

Das Schicksal der Refah ist noch längst nicht besiegelt. Die anhaltende Not vieler Bauern und Arbeiter wird ihre Basis verstärken, die Phrasen über eine westliche, laizistische (= nicht religiöse) Türkei machen niemanden satt.

Die Putschdrohungen, die diesmal noch wie Theaterdonner klingen, können schon bald ernst werden. Doch auch die Refah wird sich verändern. Bisher war sie eher eine Art „islamische CSU“ als eine fundamentalistische Bewegung im Stil der algerischen FIS. Doch eine Radikalisierung der Refah-Basis kann zu einer Situation führen, die die Richtung Algerien abtrifft, wo sich reaktionäre Militärs einerseits und bewaffnete Islamisten andererseits gegenüberstehen. Zusammen mit dem anhaltenden Krieg in Kurdistan würde das die Zerfallserscheinungen der Türkei verstärken.

Die arbeitenden Menschen haben dabei nichts zu gewinnen. Die sozialen Phrasen der Refah müssen entlarvt werden, die Linke muß sich in den Stadtteilen und Betrieben neu aufbauen, damit die Islamisten die Basis abgegraben wird.

Aber genauso wenig darf es in der Arbeiterbewegung Illusionen über den angeblich „fortschrittlichen“ Charakter der Militärs, der Unternehmenverbände und ihrer Anhänger in den bürgerlichen Parteien geben. Die Arbeiterbewegung braucht eine unabhängige Position. „Weder Militär noch Islam noch Mafia“. Demokratische Rechte, Laizismus und menschenwürdige Löhne werden nur durch die Arbeiterklasse selbst verteidigt und erkämpft werden können.

Iraner lieber heute als morgen Veränderungen.

Trotzdem haben die Niederlage des reaktionärsten Flügel und die offensichtlichen Spaltungen in der herrschenden Elite das Regime in den Augen der Massen geschwächt.

In der letzten Zeit hat es mehr und mehr Streiks und Proteste gegeben. Daraus könnte eine unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse entstehen, die den Kampf für Demokratie und Sozialismus aufnimmt. Das ist der einzige Ausweg für die Massen. Eine neue Periode hat begonnen, die den Anfang vom Ende der religiösen Diktatur im Iran markiert.



Nike-Streik

Der Sportschuhhersteller Nike läßt bekanntlich zu Dumping-Löhnen in Südostasien produzieren. Doch auch dort läßt man sich nicht mehr alles gefallen. Die vietnamesischen Gewerkschaften führen eine Kampagne gegen die Nike-Tochter „Sam Ynag Vina“ durch. Ein Arbeitsstag von 11 Stunden, 200 Überstunden in 2 Monaten (das gesetzliche Jahreslimit in Vietnam), Übermüdung und Entkärftung bei den meist jungen Näherinnen. Grundlöhne von 42 Dollar im Monat, die unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen und nicht mal für drei Mahlzeiten am Tag ausreichen – ist bei den Nike-Produzenten gang und gäbe. Mit gewerkschaftlicher Unterstützung sind im Mai 1300 Arbeiterinnen in einem mehrwöchigen Streik für eine zehnprozentige Lohnerhöhung getreten.

Aktionstag

Am 9. Juni gab es in verschiedenen europäischen Ländern die nach den Renault-Arbeitern zweite grenzübergreifende Arbeitskampftage, diesmal der Fernfahrer. Sie erreichten Verkehrsblockaden an Grenzübergängen und Knotenpunkten in Frankreich, Deutschland und Spanien. Portugal, die Schweiz und Polen schlossen sich am nächsten Tag an. Zum Aktionstag hatte die ITP (Internationale Transportarbeiter-Föderation) aufgerufen, um für bessere Arbeitsbedingungen und Mindeststandards in der EU zu demonstrieren. Hauptforderung war die Begrenzung der Schichtzeit auf täglich maximal 12 Stunden, bei Einbeziehung von Warte- und Ladezeiten.

Die französischen Fernfahrer forderten darüberhinaus die Umsetzung des nach langem Streik erkämpften höheren Pensionsalters von 55 Jahre ein.

Japan

Der Ölfanker „Diamond Grace“, der Anfang Juli die Bucht von Tokio versenkte, war kein alter Schrottkahn, sondern wurde erst Anfang 1994 von der Mitsubishi-Werft fertiggestellt. Am 6. Januar 1994 trat ein internationales Abkommen in Kraft, das für alle Tankernbauten zwingend Doppelwände vorschreibt – eine Konsequenz aus den zahlreichen Ölfankerhavarien der Vergangenheit. Reederei und Werft der „Diamond Grace“ haben sich mächtig ins Zeug gelegt und es in der ersten Januarwoche 1994 geschafft, den Tanker noch vor Inkrafttreten des Abkommens auf Kiel zu legen – einwandig, versteht sich.

CIA

Aus Dokumenten des US-Außenministeriums, die jetzt für die Öffentlichkeit freigegeben wurden, geht hervor, daß die CIA 1961 der Mafia 150.000 Dollar für die Ermordung des kubanischen Revolutionsführer Castro geboten hat. Eingeweiht waren der CIA-Sicherheitsdirektor Edward sowie der als „liberal“ geltende Justizminister Robert Kennedy. Bruder des Präsidenten JF Kennedy. Das Unternehmen scheiterte jedoch, und die gedungenen Kopfläger verschwanden mit der Anzahlung von 10.000 Dollar.

Iran: Rückschlag für die Mullahs

Die Hardliner des iranischen Regimes haben bei den Präsidentschaftswahlen eine schwere Niederlage erlitten.

Mahmoud Bakhtyar

Narek Nuri, vom religiösen Oberhaupt Ayatollah Chameanei und den reaktionärsten Elementen des religiösen Establishments unterstützt, erreichte nur 25 Prozent der Stimmen. Mahammad Chateami, der als Anti-Establishment Kandidat angesehen wurde, erhielt mehr als 20 Millionen der 29 Millionen abgegebenen Stimmen. Vor allem Frauen und Jugendliche, feierten seinen Sieg enthusiastisch.

Der Hintergrund für dieses Ereignis sind die ökonomische und soziale Krise des Iran und die wachsende Unzufriedenheit mit den Mullahs, den religiösen Führern, die das Land kontrollieren, seitdem sie die Revolution von 1979 an sich gerissen haben. Während der achtjährigen Präsidentschaft von Hasbemi Ratsandjani ist der Lebensstandard stark gefallen. Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF), indem er Subventionen für lebensnotwendige Produkte kürzt und die Wirtschaft privatisier-

Ölmaßnahmen schrumpfen

Die Einkünfte aus Ölexporten, die Haupteinnahmequelle für den Staat, die 40 Prozent der gesamten Staatseinnahmen ausmacht, sind dramatisch gesunken. Ende der 70er Jahre hatte der Iran Einnahmen von 22 Milliarden Dollar aus dem Ölgeschäft, heute sind es nur noch 14 Milliarden. Mindestens 30 Prozent der Arbeiter sind arbeitslos. Schätzungen der Inflation schwanken zwischen 65 und 100 Prozent, verglichen mit Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst von 20 Prozent.

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor konsequenter Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf!

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“. Deshalb wurde 1994 die **SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV)** von Gewerkschaftlerinnen, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung **VORAN** gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verhauben. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umwelzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer Kolleginnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmern und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, Ausländerinnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen. Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Entscheidungen nach ihren Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Osteuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen übertreibt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußtritt den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandsentsätze der Bundeswehr
- ★ Stop von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmen und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maasricht.

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Jetzt bestellen!



Die Broschüre über die Weltwirtschaft, den Euro und die Aussichten der Arbeiterbewegung
100 S., 8 DM

Warum ich bei der SAV mitmache

Alexander Stoeck, 24 Jahre, Schüler, früher Thüringen, jetzt Bremen
Ich begann schon früh, mich politisch zu interessieren. Nachdem ich 1990/91 in Ostdeutschland verschiedene linke Organisationen durchlaufen hatte (Marxistischer Jugendverband „junge Linke“, marxistische Partei „die Nelken“) trat ich der PDS bei. In den folgenden

Jahren entwickelten sich bei mir inhaltliche Schwächen, die sich im Bundestagswahlkampf 1994 verstärkten. Es ging um die Fragen der Haltung zur Regierung unter den Stichworten „Tolerieren, Opposieren, Koalieren“, um die Scheindebatte darüber, wie die UNO aussehen müßte, damit man Blauhelm-Einsätzen zustimmen könne. Diese Debatte führte im Ergebnis zur Aushöhung des im PDS-Programm verankerten Antimilitarismus. Dann kam der Ostrowski-Brief (PDS-Politikern aus Sachsen), in dem die Vertretung des Mittelstandes ohne Wenn und Aber gefordert wurde. Ostrowski und andere argumentierten für die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Damit war für mich das Maß voll, und ich trat aus der PDS aus.

Schon 1994 lernte ich während einer gemeinsamen antirassistischen Aktion die SAV kennen. Es folgten Diskussionen zu Themen wie: Ursachen des Scheiterns der „realsozialistischen“ Staaten Osteuropas, oder Perspektiven sozialistischer Politik heute.

Nach meinem Austritt aus der PDS näherte ich mich der SAV an und trat ihr schließlich als Mitglied bei. Anders als in der PDS werden in der SAV Debatten geführt, die nicht von den realen Verhältnissen ablenken, sondern sie analysieren und versuchen, diesen Verhältnissen Alternativen entgegenzusetzen, die nicht in den sogenannten Sachzwänge steckenbleiben.

Die PDS ist durch ihre Parlament-Fixiertheit eine opportunistische Partei bar jeder sozialistischen Programmatik geworden. Sie verhindert heute eher den Widerstand gegen neoliberale Politik als daß die ihn fördert. Die SAV kann eine Alternative sein, wenn sie die Entwicklung der PDS im Auge behält und die Fehlentwicklung vermeidet, die die PDS macht.

Spenderfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kitzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung – politische Arbeit kostet Geld. Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Miete ... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen: Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegenwehr gegen Kohl und Kapital können

wir nicht aus dem Unternehmerlager erwarten. In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente für eine sozialistische Alternative verbreiten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV – die beste Investition die es im Kapitalismus gibt. (Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.)

Spenden an: Voran, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-430, BLZ: 360 100 43

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

Berlin

- OG Treptow: Montags 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park
- OG Prenzlauerberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
- OG Wedding: Mittwoch 19 Uhr, Linsentreff Wedding, Weddingstr. 6, U-Bahn Nauener Platz
- Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro

Stuttgart

- OG Mitte: Mittwochs, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hobe Str. 9
- OG Süd-West: Mittwochs 19.30 Uhr, Jugendhaus Heisch (Böblingen Str. 92)
- Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro

Aachen

- OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
- OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbertsteinweg 233
- OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Dritte-Welt-Haus,

Berlin

- An der Schanz 1
- Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Siegen

- Dienstags, 19 Uhr, Evangelische Studentenengemeinde (ESG), Burgstraße 18 (beim oberen Schloß)
- Infos unter Tel. (0271) 51291

Bremerhaven

- Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
- Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro

Bremen

- Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschoß, Hastedter Ost-erdach 230.
- Infos über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504

Kassel

- OG Nordost: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Monbacher Str. 12
- OG West: Freitags, 19 Uhr, Werkstatt-Cafe, Fr.-Ebert-Strabe (gegenüber der Stadthalle)
- Infos unter Tel. (0561) 16491

Rostock

- Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
- Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

Köln

- Donnerstags, 19 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
- Infos unter Tel. (0221) 134504

Frankfurt/Main

- Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
- Infos unter Tel. (069) 453275

Freiburg

- Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Sonstige

Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504:

- Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Offenbach/Main, Gelsenkirchen/Recklinghausen

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitung. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteur: Angela Barkeit
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Cito Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Reaktionsschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21 713 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21 713 22 80
e-mail: SAV@INDB@AOL.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung über:

DM einmalig monatlich vierteljährlich

Kontoinhaber, Anschrift:
Kontoblank BLZ
Ort, Datum, Unterschrift

bonniert VORAN!

zehn Ausgaben zu 25,- DM
 zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu 50,- DM (ab 50,-)

Name, Adresse, Telefon

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

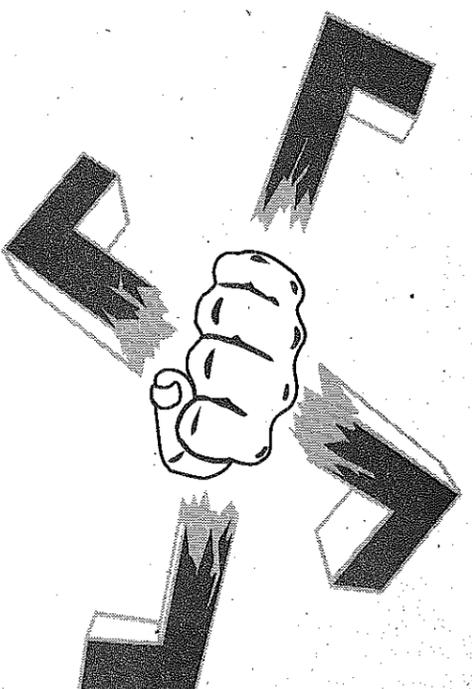
VORAN Nr. 191 Juli/August 1997

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

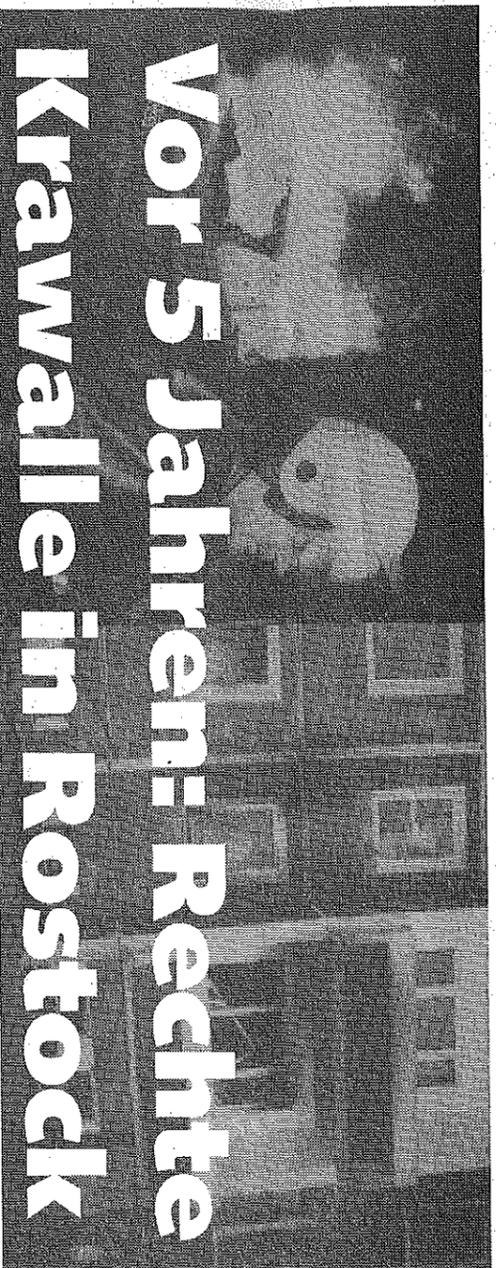
Zeitung der

SAV

Sozialistische Alternative



NAZIS STOPPEN - Ursachen bekämpfen



Vor 5 Jahren: Rechte Krawalle in Rostock

22. August 1992 in Rostock: Dutzende rechtsergreifender Jugendlicher greifen das Asylbewerberheim im Stadtteil Lichtenhagen an. In den folgenden Tagen wächst der rechtsradikale Mob auf 600 an, die mit Schlächtrufen wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ das Asylheim in Brand setzen und verwüsten. 100 Viehmassen sind stundenlang im Obergeschoß und auf dem Dach des brennenden Gebäude eingeschlossen und bangen um ihr Leben. René Henze von der SAV Rostock, seinerzeit Mitbegründer der Rostocker „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) beschreibt die Entwicklungen.

daß die Feuerwehr zunächst weder löschen noch die Eingeschlossenen befreien konnte. Angeblich hatte die Polizei zu wenige Kräfte, obwohl die Straßenschichten über Tage liefen. Als sich am zweiten und dritten Abend mehr linke Jugendliche und Autonome sammelten, um einzugreifen, gab es aber genug Polizeikräfte, um sofort hundert von ihnen zu verhaften.

Die Neonazis konnten sich im Klima der allgemeinen Hitze gegen Asylbewerber als Vollstrecker fühlen und erhielten auch Zuspruch und Befähigungsbungen der umstehenden AnwohnerInnen. Monatelang vorher hatten die Politiker die „Asyldebatte“ angeheizt, die „Asylantenschwemme“ beschworen und eine Änderung des Asylrechts im Grundgesetz verlangt. Just am Brand-Wochenende von Lichtenhagen war auch die SPD-Führung unzufrieden und hatte mit den Parteiberger Beschlüssen ihre Zustimmung zur Aushebung des Asylrechts im Grundgesetz signalisiert.

Mit ein paar politischen Freunden bin ich gleich nach Lichtenhagen gefahren. Aber wir waren zu wenige und konnten nichts unternehmen. Die Polizei hielt sich gegenüber den Nazis zurück oder befand sich gerade im „Schichtwechsel“, so

JRE-Gründung

In Rostock gründete sich die erste Ortsgruppe der später sehr erfolgreichen antirassistischen Jugendorganisation JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa), zu der 120 RostockerInnen kamen. Wir haben die Mahndemonstration eine Woche nach dem Anschlag mitorganisiert und in der Folgezeit maßgeblich dazu beigetragen, daß die Neonazis zurückgedrängt wurden und Linke sich wieder auf die Straße trauen konnten. So führte die JRE Rostock u. a. Aktionen und Infostände in der Rostocker Innenstadt durch, geschützt von 50-60 OrdnerInnen. Es wurden Jugendsprechstunden, in denen die Nazis wühlten.

Auch in anderen Städten gründeten sich JRE-Gruppen, bundesweit wurde zum Beispiel eine Kampagne gegen die NPD gestartet, bei der es u. a. gelang, den vorzeitigen Abbruch des NPD-Bundesparteitags zu erzwingen.

Zur bis zum heutigen Tag größten internationale Demonstration gegen Rassismus mobilisierte JRE am 24. Oktober 92 45.000 Jugendliche aus verschiedenen europäischen Ländern nach Brüssel. Auch aus Rostock fuhren 6 Busse hin. „Nie wieder Rostock“ war eine Hauptparole der Demo.

In der Folge wurde JRE 1992-95 zur größten Organisation antirassistischer Jugendlicher in Deutschland und Europa, mit 46 örtlichen Gruppen in der Bundesrepublik, Sektionen in rund

20 europäischen Ländern mit insgesamt etwa 10.000 Mitgliedern.

Politische Antworten

Der Anspruch von JRE bestand nicht nur darin, direkte Aktionen gegen die Nazis zu organisieren, sondern auch die sozialen und politischen Probleme aufzugreifen, auf deren Nährböden die Nazis gedeihen.

In Rostock haben wir in der letzten Zeit vor allem den Widerstand gegen Kürzungen und Sozialabbau organisiert, uns am Euromarsch gegen Erwerbslosigkeit, Nationalismus und Rassismus beteiligt.

Eine ganze Reihe JRE-Aktivitäten der ersten Stunde sind heute in verschiedenen Bereichen politisch aktiv, viele auch bei der SAV, um eine politische Alternative zur Krise des Systems aufzubauen, ohne die letztlich auch kein antirassistischer Kampf erfolgreich sein kann.

Die Neonazis haben sich inzwischen nach einer Phase der Desorientierung bundesweit reorganisiert, wobei besonders die NPD und ihre Jugendorganisation JN eine Scharnierfunktion einnehmen. Kaum ein Tag vergeht ohne Pressemeldungen über Anschläge und Übergriffe, die in Lübeck sorgen auch bundesweit für Schlagzeilen.

Deswegen muß nach wie vor gelten: Keinen Fußbreit den Faschisten! Nazis bekämpfen, die sozialen Probleme an der Wurzel fassen.

„Deutsche Knäste für Deutsche“



Henning Voscherau

Nach wie vor gehört die Hetze gegen Nicht-Deutsche zu den Lieblingsmanövern von Politikern, um von Wirtschaftskrise und politischer Unfähigkeit abzulenken und Sündenböcke zu präsentieren. So verlangte kürzlich der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau (gehört wohl der SPD an), daß Straftäter ohne deutschen Paß umgehend abgeschoben werden sollen statt hierzulande „die Knäste zu verstopfen“.

O-Ton Voscherau: „Es ist nicht mein Ehrgeiz, den Strafvollstreckungsanspruch des deutschen States zu lasten der deutschen Steuerzahler an jedem ausländischen Täter in Deutschland abzuarbeiten.“ (Hamburger Abendblatt, 5. 5. 97). Warum solle ein Strafrichter nicht auch einen Spruch fällen über den lebenslangen künftigen Aufenthaltsstatus?“

Darauf sind noch nicht mal Reps oder NPD gekommen, die sich bislang auf „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ konzentriert haben. Doch sie werden sich auf diese gute Idee stützen. Vielleicht begleitet von ein paar direkten Aktionen der Faschisten, wie das Anzünden von nicht-deutschen Angeklagten beim Betreten des Gerichtssaals (dann würde man zusätzlich noch die Gerichtskosten zu Lasten des deutschen Steuerzahlers sparen).

Voscherau macht sich weitsichtige Gedanken: da Armut, sozialer Abstieg und Kriminalität zunehmen, brauchen wir perspektivisch mehr Knastplätze für Deutsche. Wenn die Knäste nicht mehr von Ausländern verstopft sind, dann passen mehr deutsche Bettler, Obdachlose und andere „Randständige“ (Voscherau) rein, die ansonsten die „Visitenkarten“ der Stadt (Einkaufsstraßen) bevölkern.

Man könnte Voscheraus unorthodoxe Ideen auch weiterspinnen: Wir wäre es demnächst mit der lebenslangen Ausweisung eines, sagen wir: bayerischen Straftäters aus Hamburg nach Bayern, weil er das Aufenthaltsrecht in Hamburg verwickelt hat und nur den Knast dort verstopft, zu Lasten der Hamburger Steuerzahler?

Eine wirklich gute Idee wäre die Ausweisung straffällig gewordener Politiker (Lambsdorff?), was dem Steuerzahler langjährige Diäten- und Pensionszahlungen erspart oder auch solcher, die in straffälliger Weise Neonazis Vorschub leisten. Oder wie wäts zur Abwechslung mit der Ausweisung der Schreinemakers, Boehniger-Eigentümer & Co., die ihr Geld hier verdienen und zu Lasten des deutschen Fiskus nach Belgien oder auf die Bermudas schaffen? Bei gleichzeitiger Einziehung ihres Vermögens würde das eine echte Entlastung des deutschen Steuerzahlers mit sich bringen.

30. August 1997

Aktionstag gegen Rassismus
Aufruf der PDS von 10-13 Uhr
auf dem Uniplatz in Rostock

im Anschluß Veranstaltung der SAV
**Stopp! Nationalismus und
Rassismus europaweit!**
um 14 Uhr im SAV-Büro Rostock,
Augustenstraße 112a, Tel. 4996590